

## Diskurse über Flucht und Vertreibung im Kalten Krieg

---

*Flucht und Vertreibung* der Deutschen waren einige Jahre nach Kriegsende als historisches Geschehen abgeschlossen. Für die betroffenen Gesellschaften blieb das Thema aber auf verschiedene Art und Weise virulent: »The politics of the memory of the flight and expulsion began to take shape before the expulsion had come to an end. The participants, whether victims or the people of the states responsible for the expulsions, sought to shape collective memory to fit their interpretations.<sup>1</sup> Die Bürger der Tschechoslowakei und Polens teilten den »kleinsten gemeinsamen Nenner« der europäischen Nachkriegsgesellschaften, die den Deutschen die »Verantwortung für den Krieg, das Leiden und die Verbrechen« zuschrieben, mit der für die Gesellschaften ebenso wie für die Regierungen komfortablen Wirkung, »andere, weniger ›passende‹ Erinnerungen an die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegszeit auszublenden.<sup>2</sup> Den innergesellschaftlichen Aushandlungen, die sich in der Bundesrepublik und der DDR zunächst primär um die Linderung der wirtschaftlichen Not und schließlich um das Ankommen der Flüchtlinge und Vertriebenen in den neuen Staaten drehten, standen auf der anderen Seite die polnische und tschechische Bevölkerung der *Wiedergewonnenen Gebiete* und der ehemaligen sudetendeutschen Siedlungsgebiete gegenüber, die sich der Herausforderung ausgesetzt sahen, in ihrer neuen Umgebung heimisch zu werden und ein Verhältnis zu ihrer Geschichte zu finden. Alle Nachkriegsgesellschaften mussten schließlich auf der Basis neuer Identitäten konstituiert werden.<sup>3</sup> Die Überreste und Zeichen deutscher Vergangenheit wurden beseitigt oder ignoriert, aber die Geschichte in Form der *deutschen Gefahr* blieb mit Schwankungen und abnehmender Tendenz bis 1989 als Teil staatlicher Agitation, aber auch realer Ängste vor Ort präsent.

Trotz der stark eingeschränkten Möglichkeiten wurde auf die Nachbarn und dort stattfindende Entwicklungen geschaut. Gelegentlich öffnete sich die Chance für einen gemeinsamen Diskursraum, so bei dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder 1965, beim Kniefall von Willy Brandt und den folgenden Ostverträgen. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die Regierung der Tschechoslowakei

---

1 Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 353.

2 Echternkamp; Martens: Der Weltkrieg als Wegmarke? 2007, S. 9.

3 Vgl. ebd., S. 6.

blieben sich über 1989 hinaus in tiefer Feindschaft verbunden. Eröffnete die ›Umarzung von Kreisau‹ 1989 der weiteren deutsch-polnischen Versöhnung neue Horizonte, so wurde Václav Havels Verständigungsinitiative 1989 sowohl von der von diesem historischen Moment überforderten Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgeschlagen als auch von der tschechoslowakischen Gesellschaft abgelehnt.

Für die vergleichende Gegenüberstellung muss grundsätzlich beachtet werden, dass die verschiedenen Narrative und Aushandlungen in fast gänzlich unterschiedlichen Systemkonstellationen und regulierten Öffentlichkeiten stattgefunden haben.<sup>4</sup> Auf den ersten Blick erscheinen die verbreiteten Narrative zu Flucht und Vertreibung in den kommunistischen Staaten wesentlich statischer als in der Bundesrepublik mit ihren zum Teil eruptiven Vergangenheitskämpfen. Als diktatorische Partei war zum Beispiel die PZPR streng darauf bedacht, das Verhältnis zur Bundesrepublik als Monopol und in ihrem Interesse zu vertreten, dementsprechend heftig reagierte sie auf nichtstaatliche Initiativen wie den Bischofsbrief.<sup>5</sup> Die im Warschauer Vertrag verbündeten Staaten waren zudem in ihrer Souveränität stark eingeschränkt,<sup>6</sup> was sich auch in der öffentlichen Absenz von gegen die Sowjetunion gerichteten Äußerungen zeigt, bedingt durch bis zuletzt konsequente Zensur. Jüngere Forschungen befassen sich aber zunehmend mit den Spielräumen, die die jeweiligen Staatsführungen im Warschauer Pakt nutzten.<sup>7</sup> Ein Beispiel dafür ist das Verhältnis zur Bundesrepublik, das die Länder sowohl zusammenführte als auch nach außenpolitischen Partikularinteressen spaltete. In der Bundesrepublik waren hingegen trotz Westbindung von Beginn an auch kritische Haltungen gegenüber den Westmächten möglich.

Auch wenn dieses Kapitel primär die Diskussion um Flucht und Vertreibung behandelt, so war dies nur eines und auch nur gelegentlich das zentrale Thema vieler geschichtspolitischer Auseinandersetzungen. Es ist folglich in weiteren Zusammenhängen der jeweiligen Erinnerungskulturen zu verstehen, wie zum Beispiel der Erinnerung an die *kresy* oder des kommunistischen Siegernarrativs nach dem Zweiten Weltkrieg. In diesen Verbindungen konnten die Erzählungen ihre politische Wirkung entfalten und nur so können sie verstanden werden.<sup>8</sup>

## 4.1 Bundesrepublik Deutschland

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Einstellungen und Auseinandersetzungen um *Flucht und Vertreibung* in der Bundesrepublik bis 1989 kann in verschiedene Phasen eingeteilt werden: Zunächst gab es den Zeitraum von 1949 bis 1961 als Phase der großen Akzeptanz der Vertriebenenanliegen, dem nach dem Bau der Berliner Mauer bis 1969 eine

<sup>4</sup> Vgl. Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 217.

<sup>5</sup> Vgl. Bingen: Versöhnung, Aussöhnung, Normalisierung, 2009, S. 268.

<sup>6</sup> Vgl. zur andauernden Diskussion der Charakterisierung der Volksrepublik Polen als souverän, nicht souverän, totalitär usw.: Stobiecki: Die Gegenwart der Vergangenheit, 2005, S. 432.

<sup>7</sup> Vgl. Zimmermann: Wechselnde Bündnisse, 2010, S. 101.

<sup>8</sup> Vgl. Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 136.

Zeit des Übergangs folgte, in der Parteien und Kirchen die bisherigen Positionen zunehmend in Frage stellten. Danach lassen sich zwei Phasen anhand der Regierungskonstellationen definieren, der sozialliberalen Koalition von SPD und FDP zwischen 1969 bis 1982 und der Koalition aus CDU/CSU und FDP von 1982 bis 1989/98.<sup>9</sup> Die Diskursgeschichte wird im Wechselspiel der organisierten Vertriebenenverbände und der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung diskutiert. Dieser dichotome Überblick soll freilich nicht zeigen, dass die Vertriebenen als eine politische Einheit zu verstehen sind, auch wenn sich die Verbände erfolgreich so positioniert haben.

Für das Verständnis des bundesdeutschen Diskurses ist es zentral, dass dieser stets – bewusst oder unbewusst, geäußert oder nicht geäußert – im Verhältnis zum Nationalsozialismus und zur Erinnerung an die NS-Zeit und dabei primär zum Holocaust stand und steht.<sup>10</sup> Dies spiegelt sich in ganz unterschiedlichen Facetten wider: im Verständnis der Vertriebenen als spezifische oder eben nicht spezifische Opfer des Zweiten Weltkrieges, deren Schicksal mit dem Holocaust parallelisiert wird, um damit die Verbrechen der anderen Staaten hervorzuheben oder, als gegensätzliches Argument, den Fokus von den deutschen Opfern des Krieges auf die Opfer *der Deutschen* zu legen. Als ein Mittelweg kann der Vorschlag von Hans Lemberg angesehen werden, der die Vertriebenen als die letzten Opfer Hitlers betrachtet und damit zugleich die deutsche Mitverantwortung für ihr Schicksal unterstreicht.<sup>11</sup> Diese Diskurskonstellation setzt sich nach 1989 weitgehend ungebrochen fort.

Formen der Organisation der Vertriebenen setzten unmittelbar mit dem Kriegsende ein, aber zunächst standen diese ganz unter den Vorzeichen der Bewältigung der Not und dem Finden und Zusammenführen von Angehörigen. Zudem verbot die Politik der Besatzungsmächte eine politische Organisation. Die bewusst zerstreut erfolgende Ansiedlung der Vertriebenen sollte eine schnelle Assimilation gewährleisten und geschlossene Siedlungsgebiete als soziale Unruheherde und eine Radikalisierung verhindern.<sup>12</sup> In der Öffentlichkeit der unmittelbaren deutschen Nachkriegsgesellschaft wurde die Vertreibung eingeordnet in die überall präsente und unmittelbare Erfahrung der absoluten Niederlage durch die vom Bombenkrieg zerstörten Städte, die Präsenz der Besatzungsmächte, die schwierige Versorgungslage und die betrauerten Verluste von Angehörigen im Krieg. Die Vertreibung erschien in diesem Zusammenhang überwiegend als ungerechtfertigte Grausamkeit der Siegermächte, eine Einschätzung, die bereits mit der Goebbel'schen Propaganda 1944/45 begann und sich unter anderen Vorzeichen in der Nachkriegszeit fortsetzte.<sup>13</sup> Die deutschen Kriegsverluste, die zerstörten Städte und die Vertreibungen erfüllten eine wichtige Funktion für das Opfernarrativ der westdeutschen Gesellschaft, das zwar auf der einen Seite eine Integration der Vertriebenen begünstigte, dessen häufig funktionalistischer Gebrauch aber nicht mit einer

9 Damit folge ich der vorgeschlagenen Einteilung von: Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 10.

10 Siehe: Beer: »Flucht und Vertreibung«, 2008, S. 268.

11 Vgl. Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 13.

12 Vgl. Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 225. Vgl. Kap. 3.6, S. 125f.

13 Moeller: Germans as Victims? 2005, S. 166. Vgl. Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 412.

tatsächlichen Empathie gegenüber den Schicksalen der Vertriebenen verwechselt werden darf.<sup>14</sup>

Das Arrangement mit den Westalliierten und die Angst vor der Sowjetunion ließ letztere in der westlichen Besatzungszone mit der Zeit als primären ehemaligen und künftigen Gegner und gemeinsam mit seinen tschechoslowakischen und polnischen Vasallen als Alleinverantwortlichen erscheinen.<sup>15</sup> Seltener wurde die nationalsozialistische Führung für Krieg und somit für die in Folge der Kriegsniederlage erfolgten Vertreibungen verantwortlich gemacht, noch seltener aber die deutsche Bevölkerung in ihrer Breite.<sup>16</sup>

Unmittelbar mit den ersten Wahlen in den Besatzungszonen sprachen die Parteien die vielen Vertriebenen als Wählergruppe direkt an. Der Westpreuße Kurt Schumacher scheiterte als SPD-Kanzlerkandidat für viele Zeitgenossen überraschend bei der Bundestagswahl 1949. Die politische Zuordnung der Vertriebenen blieb noch offen und verteilte sich auf verschiedene Parteien. Die spezifische Vertriebenenpartei, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)<sup>17</sup> konnte auf Landesebene erhebliche Erfolge erzielen und bei der Bundestagswahl 1953 mit 5,9 Prozent in den Deutschen Bundestag und in die Regierung Adenauer einziehen. Aufgrund innerer Widersprüche, der veränderten und verbesserten politischen und sozialen Lage sowie einer geschickten Umarmungspolitik der CDU/CSU sank die Partei schließlich in die Bedeutungslosigkeit ab, wobei führende Protagonisten in der CDU/CSU fortwirkten.<sup>18</sup>

Mit der bis heute für die Vertriebenenverbände konstitutiven und sowohl gefeierten als auch umstrittenen »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« setzten die Verbände im August 1950 ein erstes Ausrufungszeichen: In der Charta wurde das »Recht auf Heimat« postuliert, also der explizite Rückkehranspruch unter Verzicht auf jede Form von Rache und Vergeltung, und das Versprechen gegeben, am friedlichen Aufbau und der Einheit Europas mitzuwirken.<sup>19</sup> Gleichzeitig wurde ein besonderer Opferstatus erhoben, denn »die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden«.<sup>20</sup> Diese Einschätzung mag aus heutiger sowie auch damals schon aus internationaler Sicht befremdlich erscheinen, ebenso wie das Fehlen einer direkten Erwähnung deutscher Schuld und Verantwortung sowie die Selbstwahrnehmung der Vertriebenen, an erster Stelle in der Opferhierarchie zu stehen.<sup>21</sup> Heute wird von den Vertriebenenverbänden und von deutschen Politikern besonders der versöhnliche Charakter der Charta

14 Vgl. Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 354. Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 49-54.

15 Vgl. für den entsprechenden Abschluss dieser Entwicklung in den 1950er Jahren: Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 145f.

16 Vgl. Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 423f.

17 Nach 1952: Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE).

18 Siehe: Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 227. Vgl. Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen, 2011, S. 124.

19 Vgl. Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 229-231.

20 Stickler: Charta der deutschen Heimatvertriebene, 2015.

21 Vgl. Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 443-448. Siehe auch: Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 144. Neben dieser Kritik historisiert Schwartz das Dokument insoweit, als er es in den kompetitiven bundesdeutschen Opferdiskurs der Zeit einord-

hervorgehoben.<sup>22</sup> Das in diesem Dokument und von den Vertriebenenverbänden fortwährend erhobene »Recht auf Heimat« wird allerdings nicht nur im Ausland als in der Form völkerrechtlich nicht existent betrachtet.<sup>23</sup>

Im selben Zeitraum wählte die Sudetendeutsche Landsmannschaft Rudolf Lodgman von Auen zu ihrem ersten Sprecher, welchen Ferdinand Seibt als »Sprecher der Unversöhnlichen« bezeichnet, »der von Anfang an die Vernichtung der Tschechoslowakei und seit Frühjahr 1938 auch die Vertreibung und Ausrottung ethnischer Minderheiten, vor allem der Juden, gefordert hatte«.<sup>24</sup> Auch bei einer zurückhalternden Einschätzung Lodgman von Auens, der im nationalsozialistischen Deutschland ohne Funktion blieb und zurückgezogen lebte, sowie nach 1945 den Kontakt zum tschechoslowakischen Exil für eine friedliche Lösung der sudetendeutschen Frage suchte, passte er in die antagonistische Propaganda der kommunistischen Tschechoslowakei.<sup>25</sup>

Für die erste Legislaturperiode des Bundestages war die Klärung der Situation der Vertriebenen ein zentraler Gegenstand. Die nach langen Diskussionen verabschiedeten umfangreichen Gesetze, das Lastenausgleichsgesetz (LAG) von 1952 und das 1953 verabschiedete Bundesvertriebenengesetz (BVFG), regelten unter anderem drei zentrale Punkte: erstens materielle Unterstützung, die den Vertriebenen einen Ausgleich für ihren verlorenen Besitz gewährleisten und damit ein ökonomisches Ankommen in der Bundesrepublik ermöglichen sollte, zweitens die Übertragung des Vertriebenenstatus auf die kommenden Generationen und drittens die für die vorliegende Thematik besonders relevante Kulturförderung, die alle Ebenen des Staates zur dauerhaften Sicherung der Kulturpflege und des Kulturerbes der Vertriebenen verpflichtete.<sup>26</sup> Der Lastenausgleich unterstützte mit 150 Milliarden DM an Eingliederungs- und Entschädigungsleistungen bis 1979 die ökonomische und gesellschaftliche Integration der Vertriebenen.<sup>27</sup> Michael Schwartz merkt hierzu an, dass die Unterstützung letztlich finanziell als moderat zu klassifizieren und ihre symbolische Bedeutung hervorzuheben sei. Allerdings sei der Ausgleich noch unter den Vorzeichen einer angestrebten Rückkehr verabschiedet worden, was dazu geführt habe, dass »gerade die Aufrechterhaltung der Rückkehr-Option [...] es der einheimischen Mehrheitsgesellschaft ermöglicht [habe], ›den Geschädigten einen echten Lastenausgleich vorzuenthalten.«<sup>28</sup> Durch die Vererbung des Vertriebenenstatus stieg in der Bundesrepublik schließlich die »Zahl der Träger einer ›Vertriebeneneigenschaft‹ von 12,8 Millionen im Jahr 1950 auf 16,2 Millionen im Jahre 1982

net: »Wer Anerkennung und Hilfe erhalten wollte, musste sich auf diesem Meinungsmarkt durchsetzen.«

22 Vgl. Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 148.

23 Haar: Vom »Volksgruppen-Paradigma« bis zum »Recht auf Heimat«, 2006, S. 39.

24 Seibt: Tausend Jahre Böhmen und Mähren (1999), 2002, S. 9.

25 Vgl. für eine freundlichere biografische Einschätzung: Seubert: Lodgman von Auen, Rudolf, 2001/2002.

26 Vgl. Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 170.

27 Bauerkämper: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, 2010, S. 482. Kossert sieht in dem Lastenausgleich nur einen »Tropfen auf den heißen Stein«: Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 14.

28 Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 126f. Schwartz zitiert hier Hans Georg Lehmann. Vgl. Bösch: The Political Integration of the Expellees in Postwar West Germany, 2016, S. 161.

an.«<sup>29</sup> Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte setzte sich von 1949 bis 1969 für die Interessen der Vertriebenen ein und förderte unter anderem das größte wissenschaftliche Projekt der Bonner Republik, die »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«.<sup>30</sup>

Geschichtspolitisch und in der öffentlichen sowie privaten Erinnerung waren die 1950er Jahre weiterhin von einer Selbstviktimisierung der Deutschen geprägt.<sup>31</sup> Neben den Millionen von Kriegstoten konnten für die gesamte Gesellschaft Bombenopfer, Vertriebene und der Verlust der Ostgebiete als Strafe der Sieger reklamiert, im Zuge des Kalten Krieges instrumentalisiert und zur Entlastung herangezogen werden.<sup>32</sup> Damit war verbunden, dass die anderen Opfer des Krieges kaum thematisiert wurden; die eigenen Täterrollen, der Holocaust und die deutschen Kriegs- und Besetzungsverbrechen wurden nur am Rande behandelt und marginalisiert. Im selben Zeitraum entwickelte sich das Bild der deutschen Vertriebenen als tatkräftige und zentrale Beiträger zum Wiederaufbau Deutschlands.<sup>33</sup>

1957/1958 konstituierte sich schließlich der Bund der Vertriebenen als Dachverband der Landsmannschaften. In seinem Selbstverständnis war er kein klassischer Lobbyverband, sondern verstand sich als überparteilicher Verband für die Interessen aller Deutschen, da seine Forderungen ein erstrebenswertes Ziel für alle Deutschen seien. Zugleich sah er sich in dieser Rolle als ein nicht übergehbarer Partner aller Bundesregierungen.<sup>34</sup> Die deutschlandpolitischen Ziele des BdV lassen sich nach Heike Amos in vier Punkte fassen:

1. keine Anerkennung der DDR und kein Sonderstatus für Westberlin,
2. keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, keine Annulierung des Münchener Abkommens,
3. Wiederherstellung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 und
4. friedliches Rückkehrrecht für die Vertriebenen in die alten ost- bzw. sudetendeutschen Gebiete.<sup>35</sup>

29 Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 128.

30 Auch dieses Projekt war schließlich umkämpft. Der letzte Band, der nach der umfangreichen Dokumentation der Vertreibung und der »Vertreibungsverbrechen« das Geschehen historisch kontextualisieren und damit auch deutsche Kriegs- und Besetzungsverbrechen besprochen hätte, wurde nicht mehr herausgegeben.

31 Moeller: Germans as Victims? 2005, S. 177f. Kelletat: Von der Täter- zur Opfernation? 2003/2004, S. 135f. Vgl. Wolfrum: Die beiden Deutschland, 2005, S. 156f.

32 Ohliger: Flucht und Vertreibung als Migrationsgeschichte, 2006, S. 231f. Siehe auch: Haslinger: Von der Erinnerung zur Identität und zurück, 2005, S. 482. Esch spricht von einer »nationale[n] Vergemeinschaftung, doppelte [...] Opfer des Nationalsozialismus und des Kommunismus« zu sein. Esch: Zum Verhältnis, 2012, S. 80. Vgl. Moeller: Germans as Victims? 2005, S. 158.

33 Ebd., S. 160.

34 Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 225-227. Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 212. Vgl. für das Engagement vertriebener Frauen in Politik, im BdV oder in Kirchenverbänden von 1945 bis 1970 ausführlich: Aubele: Vertriebene Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, 2015, S. 385-410.

35 Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 285.

Die Verbesserung ihres Sozialstatus führte im selben Zeitraum zu einer Erosion der Vertriebenen als Kollektivgruppe.<sup>36</sup> Den Status als Massenorganisation konnte der BdV dennoch mit Mitte der 1960er Jahre noch etwa 2,3 Millionen Mitgliedern und durch Großkundgebungen mit oft über 100.000 Teilnehmern unterstreichen. Bei einer aus Verbandssicht zentralen Frage gingen die Meinungen bereits früh auseinander: die der Rückkehr. In zunehmender Anerkennung der politischen Realitäten und der sich durch Reiseberichte aus dem Osten verbreitenden Erkenntnis, dass die *erinnerte* Heimat in jedem Fall unwiederbringlich verloren sei, wurde der Rückkehrswille unbedeutender, auch wenn er nicht gänzlich verschwand.<sup>37</sup> Stattdessen dienten die Vertriebenentreffen und die Verbandsarbeit für die Masse der Teilnehmer – jenseits politisch markiger Reden – der ›Brauchtumspflege‹ und vor allem dem Austausch mit ehemaligen Nachbarn und Freunden über die alte Heimat. Damit erfüllten diese nach Seibt eine wichtige, nicht zu unterschätzende soziale Funktion.<sup>38</sup> Aber auch an dieser »ostdeutschen Kulturflege« beteiligten sich in überwiegender Zahl bald nur noch die in den Verbänden organisierten Vertriebenen.<sup>39</sup>

Die enge politisch-personelle Parteienverbindung der Vertriebenenverbände sowie das wegen der Wählergewinnung an ihnen vorhandene Interesse führte dennoch nicht zu einer stets vertriebenenverbandsfreundlichen Haltung. Wie Stickler in seiner umfassenden Untersuchung herausgearbeitet hat, galt schließlich für die mit den Verbänden verbundenen Abgeordneten im »Konfliktfall [...] die höhere Loyalität in der Regel ihrer Partei« und war damit für den Verband primär von Nachteil: »Mehr als dies schadete den Vertriebenenverbänden jedoch die Verquickung der Verbandspolitik mit persönlichen Interessen bzw. mit partei- und bundespolitischen Auseinandersetzungen, boten sie dadurch doch offene Flanken und politischen Gegnern die Möglichkeit, sie gegeneinander auszuspielen und damit in der tagespolitischen Auseinandersetzung zu marginalisieren.«<sup>40</sup> Stickler zufolge spielte schließlich die SPD der 1960er Jahre ein doppeltes Spiel: Ihre Vertriebenenpolitiker warben mit einem Erfolg mit vertriebenen-freundlicher Rhetorik für den Machtwechsel, während andere Teile der Partei bereits »im Hintergrund [...] [den] ›Wandel durch Annäherung‹ vorbereitet[en] [...].«<sup>41</sup> Die enge Verbindung der Vertriebenenverbände zur CDU/CSU sollte sich schließlich erst nach der Neuen Ostpolitik in den 1970er Jahren durchsetzen.<sup>42</sup>

Pertti Ahonen bilanziert für die ersten beiden Jahrzehnte der Bonner Republik, dass Regierungen und Parteiführungen, auch wenn diese intern die Rückgewinnung der Ostgebiete von Beginn an oder zunehmend als weder möglich noch wünschenswert betrachteten, aus wahlaktischen und politischen Erwägungen den Eindruck ei-

<sup>36</sup> Vgl. Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 226f.

<sup>37</sup> Vgl. Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, 2004, S. 430.

<sup>38</sup> Seibt: Eine neue Nachbarschaft? (1993), 2002, S. 97. Vgl. Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 530.

<sup>39</sup> Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 175f.

<sup>40</sup> Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, 2004, S. 227, 429f.

<sup>41</sup> Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 227f.

<sup>42</sup> Was aber nicht bedeutet, dass sich nicht trotzdem fortlaufend viele Vertriebene – für die die Vertreibung kein zentrales Politikanliegen war – in der SPD engagierten. Siehe: Bösch: The Political Integration of the Expellees in Postwar West Germany, 2016, S. 165–167.

ner Interessenidentität zwischen Vertriebenenverbänden und sich selbst vermittelten.<sup>43</sup> Auch Rainer Schulze unterstreicht die Instrumentalisierung des Vertriebenenschicksals durch die westdeutsche Gesellschaft und ihre politische Führung: »The memories and experiences were instrumentalised, or functionalised, and were used, or exploited.« Die bewusst von der Regierung und auch den Westmächten offiziell lange offen gehaltene Frage einer Grenzrevision machte die Vertriebenen zu einer stark antikommunistischen Gruppe. Das tatsächliche individuelle Vertriebenen-Schicksal war dafür nicht von Interesse und wurde im westdeutschen Heimatfilm der 1950er Jahre zudem häufig zu einer »soap opera« mit gutem Ende trivialisiert.<sup>44</sup> Ahonen sieht bei aller Kritik am politischen Diskurs zu Flucht und Vertreibung die Funktion, dass dieser für den Durchschnittsvertriebenen eine wichtige psychologische Funktion der Anerkennung erfüllte.<sup>45</sup> Den positiven Effekt des Antikommunismus als Integrationshilfe hebt Stickler hervor, zumal dieser – wenigstens in weiten Teilen – die ethnisch konnotierten Feindschaften gegen Polen und Tschechen ersetzte und damit die Tür für eine Versöhnung mit dem Volk jenseits der Regierungen ermöglichte oder dieses sogar als potentieller Verbündeter betrachtet wurde.<sup>46</sup> Andererseits wurde in den 1950er Jahren jede Selbstkritik an der »heilen Welt Schlesiens, Ostpreußens oder Pommerns« sowie unter dem Verdacht des Verzichtes stehende Verständigungsbereitschaft gen Osten als kommunistische Agitation angegriffen.<sup>47</sup> Die nach Stickler kaum zu bezweifelnde Verständigungsbereitschaft der Vertriebenenverbände mit den osteuropäischen Völkern beruhte gleichwohl auf einem fortgesetzten Irrtum, bei dem die vielleicht einzige vorhandene »Interessenidentität« von Bevölkerung und Regime in Polen und der Tschechoslowakei, die als existentiell betrachtete Unveränderlichkeit der Grenzen, nicht erkannt wurde oder man diese nicht erkennen wollte.<sup>48</sup>

Aggressive Äußerungen aus den Verbänden boten in Kombination mit einer verzerrten Darstellung zunächst in den Staaten des Warschauer Paktes als auch später in der westdeutschen Öffentlichkeit die Grundlage für die »Beschwörung« eines revisionistisch-faschistischen Verbandes, der als Feindbild im Osten zur Herrschaftslegitimierung genutzt wurde.<sup>49</sup> Versöhnungsgesten wie die der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die 1963 um Vergebung für die im Zweiten Weltkrieg am tschechischen Volk begangenen Verbrechen bat, konnten keine nachhaltige Wirkung erzielen.<sup>50</sup> Zudem wurde der Anspruch der Vertriebenenverbände, dass die Ursachen der Vertreibung nicht allein im Zweiten Weltkrieg, sondern auch wesentlich weiter zurücklagen, abgelehnt.<sup>51</sup> Trotz mancher rhetorischer Eskalation blieb jedoch die von vielen in der Nachkriegszeit erwartete Radikalisierung der Vertriebenen aus.<sup>52</sup>

43 Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 609.

44 Schulze: The Politics of Memory, 2006, S. 370f.

45 Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 607.

46 Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 230f.

47 Lotz: Die Landsmannschaft Schlesien, 2014, S. 104.

48 Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 231f., 434.

49 Ebd., S. 232.

50 Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, 2004, S. 101.

51 Ebd.

52 Vgl. Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 608.

Schwartz konstatiert bei seiner Untersuchung des ersten BdV-Präsidiums in Hinblick auf dessen NS-Verstrickung, dass die Mitglieder zu 61,6 Prozent<sup>53</sup> der NSDAP angehört haben, eine Zahl, die sich jedoch unter Berücksichtigung der spezifischen sozialen und beruflichen Hintergründe und entsprechender Vergleichsgruppen ein Stück weit relativiert. Über die konkrete Beteiligung dieser Personen an NS-Verbrechen können nur Mutmaßungen angestellt werden, wobei die strukturelle Unterstützung des NS-Regimes und damit das Mittragen der Verbrechen direkt oder indirekt für die meisten außer Frage steht, sei es als Verwalter in den besetzten Gebieten oder bei militärischen Einsätzen. Mit dem sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch – und mit Einschränkungen dem Katholiken Linus Kather – waren zwei NS-Widerständige Mitglied des Gründungspräsidiums.<sup>54</sup> Innen- wie außenpolitisch boten diese Besetzung des Präsidiums und die NS-Belastung weiterer BdV-Mitglieder eine fortwährende Angriffsfläche.<sup>55</sup>

Die für die Bundesrepublik konstitutive Abgrenzung vom Nationalsozialismus, deren Halbherzigkeit, besonders in personeller Hinsicht, immer wieder kritisiert wurde und wird, führte um 1960 dazu, dass unter dem Druck der DDR-Kampagnen und der weltweiten Öffentlichkeit Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer aufgrund seiner NS-Vergangenheit zurücktreten musste. Damit deutete sich bereits die diskursive Verschiebung der 1960er Jahre an, in der die bis dato vorherrschende Abwehrhaltung zerbrach, solche Vorwürfe als bloße kommunistische Kampagnen abzutun, und die sich ökonomisch festigende Bundesrepublik aufgrund dieses äußeren, aber auch wachsenden inneren Druckes sich zunehmend vergangenheitspolitischen und selbstkritischen Fragen zuwandte.<sup>56</sup> Zu einem weiteren entscheidenden Wandel der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur führte die nach 1958 intensivierte juristische Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen, die schließlich im Frankfurter Auschwitz-Prozess kulminierte.<sup>57</sup> Der Wandel wurde verstärkt durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961, worin Kittel eine weitere Zäsur der Erinnerung an Flucht und Vertreibung sieht: Die ›Stabilisierung‹ der Verhältnisse in Europa und die einsetzende internationale Entspannungspolitik entzogen der Vertriebenenthematik die aktuelle Relevanz ebenso, wie es die Beschäftigung mit den eigenen, den deutschen Verbrechen voranbrachte.

Diese drei wesentlichen Faktoren begünstigten die gesellschaftliche Entwicklung hin zur Neuen Ostpolitik. Auch wenn die Vertreter der SPD, CDU/CSU und FDP weiterhin prominent zu den Anliegen der Vertriebenen standen und die SPD-Spitze mit Willy Brandt noch 1963 von »Verzicht ist Verrat« sprach, wurden außenpolitisch die Weichen zunehmend anders gestellt.<sup>58</sup> So vollzog die SPD schon vor der Regierung Brandt den Wandel hin zur ›Verzichtspolitik‹. Helmut Schmidt forderte im März 1968 das Eingeständnis, dass eine Aussöhnung mit Polen die Akzeptanz der gegebenen Grenzen

<sup>53</sup> Im Vergleich dazu waren gegen Kriegsende etwa 10 Prozent der deutschen Bevölkerung in der NSDAP.

<sup>54</sup> Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit, 2013, S. 521-531.

<sup>55</sup> Vgl. Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 18.

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 13-16.

<sup>57</sup> Vgl. ebd., S. 180.

<sup>58</sup> Vgl. Kossett: Kalte Heimat, 2009, S. 165f.

erfordere.<sup>59</sup> Unter der ersten Großen Koalition (1966-69) wurden diplomatische Annäherungen zur VRP und zur ČSR intensiviert und eine politische Verständigung angestrebt, die an Initiativen und Interessen in diesen Ländern anknüpfen konnte.<sup>60</sup> Denker in Kirche, Politik und unter Intellektuellen verfolgten Anfang der 1960er Jahre verstärkt Überlegungen, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Dies ging einher mit dem wachsenden Verständnis, die Vertreibung in einem Kausalzusammenhang mit NS-Diktatur und deutschen Verbrechen zu sehen.<sup>61</sup> Ein Resultat war die wirkmächtige Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1965, die in abwägendem Ton die Anerkennung der politischen Realitäten forderte.<sup>62</sup> Ein weiterer Meilenstein im selben Jahr war, wenigstens im Nachhinein, der Brief der katholischen polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder. Die erhoffte Antwort, vor allem in Hinblick auf die Anerkennung des Status Quo, konnten und wollten die deutschen Bischöfe noch nicht geben.<sup>63</sup> Immer stärker zeigte sich in der Bundesrepublik nun der Wunsch nach einem Ausgleich mit den Nachbarn und einer Anerkennung der Kriegsverluste im Osten, der auch mit einem zunehmenden Einfluss der polnischen und tschechischen Perspektive auf die Vertreibungen einherging.<sup>64</sup> Die Gesellschaft und die nachwachsende Generation hatten sich darüber hinaus schon so weit gewandelt, dass die Forderungen der Vertriebenen von vielen nicht nur als rückständig und ungerechtfertigt betrachtet wurden, sondern ihr Opferstatus grundsätzlich in Frage gestellt wurde.<sup>65</sup> So geriet die konventionelle deutsche Opfergeschichte der ersten Nachkriegszeit in den Hintergrund und blieb zunehmend der politischen Rechten überlassen.<sup>66</sup>

Nachdem die politische Funktionalisierung mit dem Regierungswechsel 1969 und der veränderten politischen Großwetterlage nicht mehr notwendig war, wurde spätestens jetzt deutlich, dass die Rolle der eben noch heftig umworbenen Vertriebenen und ihrer Verbände in der Bundesrepublik fragil war und sie ihrer zunehmenden Isolierung in der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur weitgehend hilflos begegneten.<sup>67</sup> In seiner ersten Regierungserklärung deutete Willy Brandt die Grundlagen für eine neue Ostpolitik an, indem er die Aufnahme von Gesprächen mit Polen und der Tschechoslowakei ankündigte. Der bald darauf folgende Warschauer (1970) und später der Prager Vertrag

<sup>59</sup> Kosmala: Das Bild Polens in der Bundesrepublik Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, 2009, S. 134.

<sup>60</sup> Stokłosa: Polen und die deutsche Ostpolitik, 2011, S. 527f.

<sup>61</sup> Lotz: Im erinnerungspolitischen Sog, 2010, S. 340. Vgl. Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 27.

<sup>62</sup> Ebd. Siehe auch: Kosmala: Das Bild Polens in der Bundesrepublik Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, 2009, S. 132f.

<sup>63</sup> Vgl. Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 27. Siehe auch: Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 316. Vgl. ebenfalls umfassend: Madajczyk: Die deutsche Reaktion auf den Brief der Bischöfe in der polnischen Rezeption, 2009, S. 196-210. Vgl. Kap. 4.3, S. 171f.

<sup>64</sup> Vgl. Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 602.

<sup>65</sup> Vgl. Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 28-30.

<sup>66</sup> Vgl. ebd., S. 178f. Vgl. ebenso: Beer: »Flucht und Vertreibung«, 2008, S. 274f. Siehe auch: Lotz: Die Landsmannschaft Schlesien, 2014, S. 106-108.

<sup>67</sup> Bauerkämper: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, 2010, S. 483. Benthin: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostrumteleuropa, 2007, S. 49.

(1973) führten zu einer De-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie der Erklärung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens. Die sozialliberale Koalition folgte mit diesen Verträgen aber keineswegs den Maximalpositionen der Volksrepublik Polen und der ČSSR. So wurde das Münchener Abkommen nicht als von Beginn an nichtig bewertet, die abschließende Entscheidung über die Grenzfrage unter Wahrung der Rechte der alliierten Siegermächte auf den Zeitpunkt eines Friedensvertrages verschoben und auch die innerdeutsche Grenze nicht garantiert, ebenso wie mögliche Fragen von Entschädigungen und Rechtsansprüchen von Vertriebenen in den Dokumenten nicht behandelt wurden.<sup>68</sup> Dennoch bekämpften Vertriebenenverbände und CDU/CSU die Verträge von Anfang an heftig, was schließlich 1972 zum gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt führte. Bei der anschließenden Wahl erhielt die SPD/FDP Regierung eine breite plebisizitäre Mehrheit für die Fortsetzung ihres Regierungskurses. Sich den Gegnern seiner Verständigungspolitik zuwendend, argumentierte Willy Brandt bei der Vertragsunterzeichnung in Warschau:

»Was ich im August Ihnen aus Moskau gesagt habe, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gilt auch für den Vertrag mit Polen: Er gibt nichts preis, was nicht längst verspielt worden ist. Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik Deutschland politische Verantwortung tragen und getragen haben. Sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus.«<sup>69</sup>

Die neue Ostpolitik verdichtet sich in einer Ikone des Kalten Krieges, dem Kniefall Willy Brandts am Denkmal des Warschauer Ghettoaufstandes, das dieser am selben Tag besuchte. Wie schon bei den Auseinandersetzungen um die Neue Ostpolitik war die deutsche Gesellschaft in Bezug auf diese Geste gespalten, die zu dem Zeitpunkt von einer Mehrheit als nicht angemessen abgelehnt wurde. Ähnlich dem polnischen Bischofsbrief von 1965 war dieser symbolische Akt in Anbetracht seiner späteren Rezeption seiner Zeit voraus.<sup>70</sup>

Ein weiteres Beispiel für den Wandel der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur zur Vertreibung sind die Lehrpläne und Schulbücher, in denen das zuvor umfassend thematisierte Geschehen im Laufe der 1970er Jahre zunehmend verschwand oder in einen neuen Kontext gestellt wurde: Im Prinzip wechselte ein monokausaler Standpunkt zu einem anderen. Nachdem vorher die ›Vertreiberstaaten‹ ohne den größeren NS-Kontext gebrandmarkt wurden, erschien nun die Vertreibung als »ausschließliche Konsequenz des Hitlerkrieges«. Der Standpunkt der Vertriebenenverbände, die 1973 und 1975 in ihrem Rechtsverständnis der Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Grenze vom Bundesverfassungsgericht nochmals bestätigt wurden, sollte mit Ausnahme Bayerns bereits in den Curricula der 1970er Jahre nicht weiter behandelt werden oder erschien »als histo-

68 Vgl. Niedhart: Die Ostpolitik der Bundesrepublik, 2010, S. 111. Vgl. auch: Bingen: Versöhnung, Aussöhnung, Normalisierung, 2009, S. 245. Siehe auch: Suppan: Hitler – Beneš – Tito, 2014, S. 1569–1571.

69 Fernsehansprache von Bundeskanzler Willy Brandt aus Warschau, 7. Dezember 1970. Vgl. Wolf: Rum: Die beiden Deutschland, 2005, S. 159.

70 Wilkens: Kniefall vor der Geschichte. Willy Brandt in Warschau 1970, 2016, S. 102.

risch abgeschlossen«.<sup>71</sup> In den 1970er Jahren setzten die Bundesrepublik und die VRP im Zuge der Entspannungspolitik eine bis heute tätige deutsch-polnische Schulbuchkommission ein, die Empfehlungen über den Umgang mit den zwischen den Ländern umstrittenen Themen erarbeitet(e).

Rückzugsgefechte führte der BdV auch bei den Wetterkarten der Fernsehsender, von denen Anfang der 1970er Jahre schließlich Breslau und Königsberg verschwanden. Die Bedeutung mag zunächst marginal erscheinen, allerdings war das tägliche ›Sehen‹ von Breslau für ein Millionenpublikum kaum bedeutungslos. So berichtete ein ZDF-Intendant 1975: »Seit Jahren sprechen uns die Polen bei jeder Gelegenheit darauf an. Das Thema Breslau in der Wetterkarte war ein echter Dauerbrenner.«<sup>72</sup> Verstärkt diskutiert wurde der 1977 durchgeführte Prozess wegen des Lagers im Lamsdorf/Łambinowice,<sup>73</sup> von dem in der Presse ausführlich berichtet wurde und der schließlich ergebnislos endete.<sup>74</sup> Die volkspolnische Presse berichtete äußert kritisch über diesen und sprach den Tätern von Auschwitz das Recht auf entsprechende Prozesse ab.<sup>75</sup>

Abgesehen von einigen wenigen Regionalstudien, überwiegend zur Integration der Vertriebenen oder deren Beitrag zur Entwicklung der Bundesrepublik, verlor der historische Komplex *Flucht und Vertreibung* in den 1970er und 1980er Jahren seinen bedeutenden Status in der Wissenschaft.<sup>76</sup> Wesentliche Arbeiten der 1970er Jahre kamen aus dem Ausland, so die umfassende Abhandlung des US-Völkerrechtlers und Historikers Alfred de Zayas.<sup>77</sup> Dieses Desinteresse führte letztlich dazu, dass die Geschichtswissenschaft viele umstrittene Themen, wie die genannte Diskussion um das Lager Lamsdorf, nicht fundiert begleiten konnte und so zum Teil wissenschaftlich mangelhafte Literatur die Hauptinformationsquelle für Interessierte bleiben musste.<sup>78</sup> Auch wenn die Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen in der Bundesrepublik in den 1970ern und 1980ern stark zurückgegangen war, blieb das Thema doch ein Bestandteil des universitären Lehrangebotes.<sup>79</sup>

Getragen von den Vertriebenenverbänden und Teilen der politischen Rechten blieb die Erzählung der Vertriebenen im politischen Raum weiter präsent.<sup>80</sup> Ebenso wurde das Thema in den Medien wiederholt aufgegriffen, so mit der im Auftrag des Bayeri-

<sup>71</sup> Siehe: Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen?* 2007, S. 135f. Siehe auch: Beer: »Flucht und Vertreibung«, 2008, S. 277. Vgl. Höpken: *Das Thema der Vertreibung im deutschen Schulbuch*, 2006, S. 110-112.

<sup>72</sup> Zitiert nach: Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen?* 2007, S. 148.

<sup>73</sup> Vgl. Kap. 6.1, S. 282.

<sup>74</sup> Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen?* 2007, S. 156f.

<sup>75</sup> Siehe: ebd., S. 157.

<sup>76</sup> Vgl. Kossett: *Kalte Heimat*, 2009, S. 13. Ther ordnet diese Entwicklung, auch im Widerspruch zur Tabuthese, in den Rahmen ganz natürlicher wissenschaftlicher und politischer Konjunkturen ein: Ther: *Der Diskurs um die Vertreibung*, 2008, S. 30.

<sup>77</sup> Zayas: *Nemesis at Potsdam, 1977*. De Zayas studierte und arbeitete aber in den 1970er Jahren als Wissenschaftler in der Bundesrepublik.

<sup>78</sup> Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen?* 2007, S. 163-167.

<sup>79</sup> So Hans-Jürgen Bömelburg mündlich am 30.01.2018 während seines Kolloquiums, in dem er auf die sinkende Publikationstätigkeit der älteren Fachhistoriker dieses Feldes in jener Zeit verwies, welche aber das Thema in der Lehre fortgesetzt behandelten.

<sup>80</sup> Vgl. Hirsch: *Flucht und Vertreibung*, 2005, S. 115.

schen Rundfunks entstandenen TV-Serie *Flucht und Vertreibung* von 1981.<sup>81</sup> Diese folgte auf die von der Geschichtswissenschaft gemeinhin als zentral für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur gesehene US-amerikanische Serie *Holocaust* (1979). Maren Röger hat herausgearbeitet, dass die deutsche Produktion »explizit als Korrektiv« zu der Serie gesehen wurde und zudem eine mediale Übernahme der Bildsprache der modernen Holocaustdarstellungen stattfand.<sup>82</sup> Auf die deutsche Serie folgte umgehend eine Reaktion aus Polen, die dieser einen Rückfall in die Kampfzeiten der 1950er Jahre vorwarf und in der die sozialistischen Staaten erneut zu Unrecht an den Pranger gestellt würden.<sup>83</sup>

Im Diskurs der 1970er und 1980er setzte sich in der Nachkriegsgeneration, zumal bei den ›1968er Sozialisierten, zunehmend die Ansicht durch, in den Deutschen nur noch eine ›Täternation‹ zu sehen, die wenig oder kein Recht habe, ihre eigenen Opfer zu betrauern.<sup>84</sup> Damit wurde schließlich eine Polarisierung und ein »Verdrängungswettbewerb der Erinnerungen« erreicht, in der das Gedenken an eine Opfergruppe das Gedenken an eine andere scheinbar ausschloss;<sup>85</sup> dies galt sowohl für das rechte als auch das linke Lager.<sup>86</sup> Der Großteil der bundesdeutschen Presse, abgesehen von den Medien aus dem Axel Springer Verlag, schloss sich dem kritischen Diskurs gegenüber den Vertriebenenverbänden an.<sup>87</sup> Auch Stimmen der *anderen* Vertriebenen außerhalb der Verbände konnten die »tiefen Gräben« nicht überwinden, ihre Ablehnung der Verbände und das organisatorische oder künstlerische Wirken schufen kein allgemein akzeptiertes Narrativ, auch wenn von kritischer Selbstreflexion geprägte Werke von aus den Ostgebieten stammenden Autoren wie Günter Grass, Siegfried Lenz und Horst Bienek breite Popularität genossen.<sup>88</sup> Eine negative Einstellung gegenüber den Vertriebenen und ihren Verbänden resultierte neben den genannten Faktoren auch aus exogenen politischen Trends wie der von vielen mit Elan betriebenen Versöhnung mit den östlichen Nachbarstaaten.<sup>89</sup> Zu dem Zeitpunkt war eine ausgewogene Kombination kaum möglich und auch die politische Linke war vor einiger Ignoranz nicht gefeit, wie die 68erin Helga Hirsch 2006 selbstkritisch konstatierte:

---

81 Vgl. Wittlinger: Taboo or Tradition? 2006, S. 73.

82 Röger: Zeitzeugen von Flucht, Vertreibung und Heimatverlust im deutschen Geschichtsfernsehen, 2011, S. 7.

83 Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 160.

84 Kelletat: Von der Täter- zur Opfernation? 2003/2004, S. 137. Vgl. Hirsch: Flucht und Vertreibung, 2003, S. 25.

85 Sundhausen: Einführende Bemerkungen, 2006, S. 25f. Günter Grass formulierte dazu 2000: »Ein Unrecht verdrängte das andere. Es verbot sich, das eine mit dem anderen zu vergleichen oder gar aufzurechnen.« Zitiert nach: Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit, 2006, S. 199.

86 Benthin: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, 2007, S. 49. Vgl. dazu auch: Danyel: Deutscher Opferdiskurs und europäische Erinnerung, 2004, S. 8.

87 Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 154f.

88 Siehe: ebd., S. 162f. Vgl. Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 561-567.

89 Vgl. Schulze: The Politics of Memory, 2006, S. 371. Vgl. auch: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 523.

»Sozialliberale Gutmenschen traten ständig in pädagogische Vorleistung gegenüber Polen und bestärkten sie damit in ihren Versuchen, ihre Geschichte erpresserisch gegenüber Deutschland einzusetzen.«<sup>90</sup>

Hierbei übersahen oder ignorierten die Gegner des 1976 noch 1,5 Millionen Mitglieder zählenden BdVs und seiner Landsmannschaften sowie diese selbst, dass auch an deren Basis die sozialliberale Entspannungspolitik im Laufe der 1970er Jahre zunehmend an Unterstützung gewann und letztlich überwiegend akzeptiert wurde.<sup>91</sup> Dieses Versäumnis führte zur weiteren wechselseitigen Distanzierung von SPD und BdV in den 1970er und 1980er Jahren, die »auf Seiten der organisierten Vertriebenen eine Verweigerungshaltung gegenüber den außenpolitischen Realitäten [förderte] und [...] deren Abdriften aus der Mitte der westdeutschen Gesellschaft in das politische Abseits und die Folklore landsmannschaftlicher Nischen [begünstigte].«<sup>92</sup> Der politischen Marginalisierung versuchten die Vertriebenenverbände mit einer allmählichen Neuausrichtung hin zu einer deutlicheren europäischen Perspektive und dem internationalen Menschenrechtsdiskurs zu begegnen. Zu diesem Ansatz gehörte auch eine verstärkte Anlehnung an den mit der Holocaustinnerung verbundenen Opferdiskurs.<sup>93</sup>

Die nach dem 1982 erfolgten Regierungswechsel amtierende Regierung aus CDU/CSU und FDP unter Helmut Kohl setzte schließlich die sozialliberale Entspannungspolitik fort, und auch die ausgerufene »geistig-moralische Wende« veränderte die Position von Flucht und Vertreibung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur nicht wesentlich.<sup>94</sup> Kohl verzichtete auf eine Verschärfung der Rhetorik gegenüber den osteuropäischen Staaten und unterließ, trotz wechselseitiger Zusicherungen zwischen »Regierungs- und Vertriebenenpolitikern«, de facto eine Unterstützung der politischen Ziele des BdV.<sup>95</sup> Dafür kam er den Vertriebenenverbänden auf finanziellem Wege entgegen und die Regierung schenkte ihnen insgesamt wieder mehr Beachtung.<sup>96</sup> Die staatliche Kulturförderung der Vertriebenen, die vor seinem Regierungsantritt bei nur noch 4,2 Millionen DM lag, war 15 Jahre später wieder auf 52 Millionen DM angestiegen.<sup>97</sup> Nicht nur finanziell, auch in Hinblick auf Personalentscheidungen und symbolpolitische Handlungen zeigte sich Kohl – wahrscheinlich aus »taktischen Gründen« – entgegenkommend.<sup>98</sup> Eine ernstzunehmende politische Rolle gestand er den

90 Hirsch: Menschenrecht auf Erinnerung. *Die Welt*. 03.03.2006. Vgl. Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 173.

91 Ebd., S. 139. Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 277.

92 Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 324.

93 Vgl. Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 214f.

94 Vgl. Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 325f. Vgl. auch: Koszel: Die polnische Deutschlandpolitik in den Jahren 1970-1990, 2001, S. 918. Koszel sieht aber einige neue Akzente in der Kohlschen Außenpolitik gegenüber Polen, die konfrontativer gegenüber den Machthabern war und zunehmend die polnische Gesellschaft als Partner betrachtete.

95 Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 292.

96 Vgl. Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 215f.

97 Finster: »50 Jahre Bund der Vertriebenen – Das sind auch 50 Jahre deutsche Geschichte«, 2014, S. 134. Vgl. Bergsdorf: Der Stellenwert ostdeutscher Kulturflege in der Ära Kohl, 2005, S. 64-67.

98 Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 609.

Vertriebenenverbänden nicht mehr zu.<sup>99</sup> Das Schlesiertreffen 1985, bei dem Helmut Kohl zwar als Gastredner auftrat, aber zuvor eine Änderung des Mottos »40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser« erreichte, ist vielmehr ein Beispiel, dass diese ihren Einfluss – nun sogar auf den konservativen Teil der deutschen Politik – überschätzt hatten.<sup>100</sup> Anders sah es bei der Kohl-Regierung bezüglich ihres Engagements für die deutsche Minderheit in Polen aus, bei der einige Fortschritte erzielt werden konnten.<sup>101</sup> Die äußerst schwache Mobilisierungsfähigkeit der Vertriebenenverbände in den späten 1980ern und frühen 1990ern wurde immer stärker deutlich, auch wenn das Selbstbild als Massenverband weiterhin besteht.<sup>102</sup>

Kohls aktive Geschichtspolitik führte zur Gründung des *Hauses der Geschichte* in Bonn und den Planungen für das *Deutsche Historische Museum*. Auf ein von Günter Grass schon 1970 gefordertes »Ostdeutsches Zentralmuseum« wurde verzichtet, vielmehr in Tradition der föderalen Vertriebenenförderung einzelne ›Landesmuseen‹ gegründet oder verstärkt gefördert.<sup>103</sup> Die von Kohl geplanten Nationalmuseen fielen in eine Zeit der intensiven historischen Auseinandersetzungen und waren selbst Teil davon.<sup>104</sup> Bis heute maßgeblich ist die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestages des Kriegsendes am 8. Mai 1985. Neben der zentralen Botschaft, das Kriegsende nicht als Niederlage, sondern in seinem Resultat als Befreiung zu betrachten, setzte sich von Weizsäcker intensiv mit den deutschen Opfern des Krieges auseinander und löste damit – nach Madlen Benthin – eine neue Beschäftigung mit deutschen Opfern des Krieges aus, die bis in die 2000er Jahre fortreicht.<sup>105</sup> Rainer Schulze hingegen sieht in der Rede ein vorläufiges Finale in der von ihm skizzierten Trennung der alt-westdeutschen Gesellschaft von den deutschen Vertriebenen. Auch wenn Bundespräsident von Weizsäcker diese in seiner Rede erwähne, entspreche die Vorstellung des 8. Mai als (nachträgliche) Befreiung vor allem einem westdeutschen Lebensgefühl.<sup>106</sup>

Die in den 1990ern und 2000ern von den Medien und bereits in den 1970ern aus den Vertriebenenverbänden heraus erhobene These, dass Flucht und Vertreibung in der späten Bundesrepublik zu einem Tabu wurden, ist nach der obigen Erläuterung nicht zu halten.<sup>107</sup> Herbert Hupka sowie der Historiker und Journalist Reinhard Müller beklag-

<sup>99</sup> Vgl. Olschowsky: Relations between the Federal Republic of Germany and the Peoples' Republic of Poland, 2014, S. 245.

<sup>100</sup> Schwartz: Assimilation versus Incorporation, 2016, S. 85. Vgl. Brandt: Die deutsch-polnischen Beziehungen bis 1990, 2011, S. 54.

<sup>101</sup> Vgl. Olschowsky: Relations between the Federal Republic of Germany and the Peoples' Republic of Poland, 2014, S. 254.

<sup>102</sup> Finster: »50 Jahre Bund der Vertriebenen – Das sind auch 50 Jahre deutsche Geschichte«, 2014, S. 135-143. Siehe auch: Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 135.

<sup>103</sup> Kittel: Vertreibung der Vertriebenen? 2007, S. 184. Vgl. Kap. 6.2.1, S. 285.

<sup>104</sup> Vgl. Wolfrum: Die beiden Deutschland, 2005, S. 160f.

<sup>105</sup> Benthin: Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, 2007, S. 51-57. Vgl. Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 143.

<sup>106</sup> Schulze: The Politics of Memory, 2006, S. 372.

<sup>107</sup> Vgl. Hahn; Hahn: Flucht und Vertreibung, 2005, S. 347f. Nelhiebel konstatiert, dass die Vertriebenen sich stets benachteiligt gefühlt hätten, obwohl sie de facto von allen Opfergruppen in der Bundesrepublik die meiste Aufmerksamkeit erfahren haben: Nelhiebel: Die Entkoppelung von

ten drastisch eine »zweite Vertreibung« der deutschen Vertriebenen aus der bundesdeutschen Erinnerung. Hupka formulierte entsprechende Worte in Bezug auf die neue Ostpolitik Brandts': »[...] es wird systematisch [...] eine zweite Vertreibung der Vertriebenen angestrebt. Zuerst hat man Millionen Deutsche aus der Heimat vertrieben, und jetzt sollen die Vertriebenen aus dem allgemeinen Bewusstsein vertrieben werden.«<sup>108</sup> Auch wenn von keinem allgemeinen gesellschaftlichen Tabu gesprochen werden kann, ist doch zu konstatieren, dass sich bestimmte politische und gesellschaftliche Verbände, wie die SPD oder die evangelische Kirche, von der Vertriebenenthematik abwandten und in bestimmten Milieus Ablehnung und Desinteresse gegenüber dem Vertreibungs-thema sowie politisch nicht immer unverständliche Berührungsängste zu den Vertriebenenverbänden bestanden.<sup>109</sup> Folglich lässt sich eher von einer diskursiven Ausgrenzung sprechen.<sup>110</sup> Diese ist größtenteils durch den Wandel der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur, durch die Entwicklung des BdV als eigenständigem Lobbyverband eher hemmende Verzahnung mit der politischen Landschaft sowie das Ausbleiben einer adäquaten Antwort der Verbände auf diesen Wandel zu erklären. Insgesamt war das Thema mit unterschiedlichen Konjunkturen in Intensität und Bewertung in der gesamten Bundesrepublik präsent.<sup>111</sup> Stephan Scholz hat in seinem Werk diese Konjunkturen bundesdeutscher Erinnerung an Flucht und Vertreibung systematisch anhand der Vertriebenendenkmäler untersucht: Ein dichtes Netz von 1.584 Vertriebenendenkmälern steht stellvertretend für die große Bedeutung von Flucht und Vertreibung in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik. Von einem Tabu könne keine Rede sein, »sie besaß vielmehr in Form von Denkmälern, Gedenksteinen und -tafeln immer eine große Präsenz im öffentlichen Raum.«<sup>112</sup> Ein Brückenschlag in das linksliberale Milieu sollte schließlich – punktuell – erst wieder unter Erika Steinbach in den 2000er Jahren gelingen.

Der BdV war bereits lange vor 1989 geschwächt. Durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes sowie durch die vermeintliche Unterstützung durch CDU/CSU in der Grenzfrage hatten sich die führenden Verbandsvertreter letztlich »in einen Kokon von Rechtspositionen eingewoben [...], die zwar akademisch-völkerrechtlich einwandfrei waren, man darüber jedoch die Realisierbarkeit völlig aus dem Auge verloren hatte.«<sup>113</sup> Durch das Beharren auf diesen Maximalpositionen war der BdV schließlich nicht in der Lage, geschweige denn vorbereitet, 1989/90 politisch effektiv zu intervenieren oder als Ansprechpartner für die neuen Regierungen in Polen und Tschechien geeignet zu sein.<sup>114</sup> Eine Anbindung der Vertriebenenverbände an den sich seit den 1960er Jah-

---

Krieg und Vertreibung, 2010, S. 54. Vgl. zur Tabuthese im BdV: Stratmann: »Im Krebsgang« zur Vertreibung zurückgefunden. DOD. 22.02.2002.

<sup>108</sup> Zitiert nach: Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 182.

<sup>109</sup> Vgl. ebd., S. 13, 325. Siehe auch: Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 434f. Vgl. zur häufig fehlenden Abgrenzung von Teilen der Vertriebenenverbände gegenüber politischem Extremismus bis in die 1990er Jahre: Streibel: Vorwort, 1994, S. 9f.

<sup>110</sup> Vgl. Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 325.

<sup>111</sup> Lotz: Im erinnerungspolitischen Sog, 2010, S. 324. Vgl. Beer: »Flucht und Vertreibung«, 2008, S. 273.

<sup>112</sup> Scholz: Vertriebenendenkmäler, 2015, S. 361, 363.

<sup>113</sup> Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, 2004, S. 435.

<sup>114</sup> Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 234f., 243. Kunštát: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik, 2010, S. 211.

ren in der Bundesrepublik herausbildenden und zunehmend hegemonialen selbstkritischen Diskurs gelang vor 1989 nicht.<sup>115</sup> So war der »realpolitische« Ansatz von Helmut Kohl in Hinblick auf die Grenzfrage weitgehend unbestritten.<sup>116</sup> Freilich wäre trotz der Kohl'schen Verzögerungstaktik eine Diskussion über die Grenzfrage kaum möglich gewesen, aber Fragen von Eigentum oder Staatsbürgerschaft hätten, wie gleich gezeigt wird, durchaus verhandelt werden können.

Eva und Hans Henning Hahn betonen hingegen den Erfolg des Bundes der Vertriebenen, der es schließlich trotz einer sich demokratisierenden und pluralisierenden Öffentlichkeit über den gesamten Zeitraum hinweg geschafft habe, als legitimer und einziger Repräsentant dieser Bevölkerungsgruppe betrachtet zu werden und fortwährend eine nicht unerhebliche staatliche Förderung zu genießen. Es gelang ihm ferner, eine »Aura der Unschuld« zu erlangen, welche »von den einstigen Kriegsgegnern an der deutschen Nation [vermeintlich] verübten Unrechts umwoben ist.« Zudem gälten die Verbände des BdV oftmals als erste Ansprechpartner für Fragen der Erinnerungskultur, ohne dass deren spezifisches, selektives und nicht repräsentatives Heimatbild hinterfragt würde.<sup>117</sup> Dies erklärt unter anderem die bis heute noch vorhandene politische Relevanz der Vertreibungsthematik für die Bundesrepublik.<sup>118</sup> Die Vertriebenenverbände blieben aber nicht die einzigen Erben der Thematik, auch in Kunst und Kultur blieb das Thema fortwährend präsent – wenn auch häufig von anderen Standpunkten aus.<sup>119</sup> Die Politisierung der Verbände sowie die auf diese ausgerichtete staatliche Förderung führte schließlich dazu, die tatsächliche »politische und kulturhistorische Vielfalt der Vertriebenen« eher zu verdecken und ein spezifisches Narrativ über den *deutschen Osten* und die Vertreibungen zu konservieren.<sup>120</sup>

## 4.2 DDR

In ihrer vom Zuzug der Vertriebenen anteilmäßig am stärksten belasteten Besatzungszone verfolgte die Sowjetunion eine ähnliche Politik wie die westlichen Besatzungsmächte, die jede Herausbildung von Revisionismus verhindern und die immensen ökonomischen und sozialen Herausforderungen bewältigen sollte. Zunächst allerdings fiel in den 1940er Jahren nach dem Krieg selbst vielen Spitzenfunktionären der SED die »Preisgabe« aller Ostgebiete schwer.<sup>121</sup> Ohne jegliche Handlungsspielräume fügten sich diese aber schließlich der Direktive aus Moskau. Mit der Durchsetzung des Kommunismus auch in der Tschechoslowakei 1948 war die bald darauf gegründete DDR im Süden und Osten von »sozialistischen Bruderstaaten« umgeben und in den folgenden

<sup>115</sup> Vgl. Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 243. Vgl. auch: Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 216.

<sup>116</sup> Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 155.

<sup>117</sup> Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 517f.; siehe auch: S. 514f. Vgl. Schwartz: Assimilation versus Incorporation, 2016, S. 9of.

<sup>118</sup> Naumann: Vertreibung, 2005, S. 6, 18.

<sup>119</sup> Vgl. Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 269-290.

<sup>120</sup> Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 518.

<sup>121</sup> Vgl. Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 263. Siehe auch: Mehnert: »Flucht und Vertreibung« aus den historischen deutschen Ostgebieten, 2008, S. 238.

Jahrzehnten mehr oder minder eng mit diesen verbunden. Mit dem Görlitzer Abkommen von 1950 zwischen Polen und der DDR wurde die Oder-Neiße-Linie abschließend anerkannt und als Freundschaftsgrenze deklariert. Eine gemeinsame Erklärung mit Polen zog einen historischen Schlussstrich, in der die »durchgeführte Umsiedlung der Deutschen« als »unabänderlich, gerecht und endgültig« definiert wurde.<sup>122</sup> Nach der Verkündigung des Abschlusses des historischen Konfliktes auf internationaler Ebene folgte 1952/53 die Feststellung der erfolgreichen ökonomischen und sozialen Lösung der Umsiedlerfrage.<sup>123</sup> Auch wenn diese Verlautbarungen im Stile sozialistischer Planerfüllung weit entfernt von der Realität waren, darf doch nicht unterschätzt werden, dass der SED-Staat in seiner Frühphase neben seinen repressiven Maßnahmen eine forciertere Integrationspolitik betrieb als die frühe Bundesrepublik.<sup>124</sup> Diese geschah allerdings um den Preis der weitgehenden Verdrängung der vorherigen Heimat und der eigenen Identität aus der Öffentlichkeit sowie der Anpassung an eine kommunistische Diktatur. Die SED-Führung lobte sich für ihre ›antifaschistische und ehrliche Aufklärung‹, die den Menschen den historischen Sachverhalt erfolgreich erklärt und so dem Revanchismus in der DDR den Boden entzogen habe.<sup>125</sup>

Für die Tschechoslowakei und Polen waren diese Abkommen und Erklärungen nicht nur eine Vereinbarung mit der DDR, sondern auch eine Botschaft an die eigene Bevölkerung. Diese sollte zum einen die lange an der Endgültigkeit der neuen Grenzziehungen zweifelnde Bevölkerung beruhigen – ohne freilich das Schreckgespenst des westdeutschen Imperialismus als Instrument aus der Hand zu geben – und zum anderen die Deutschen der DDR als Freunde und Verbündete vermitteln. Dieses Vorhaben konnte aber erst mit der Zeit und mit starken Einschränkungen Früchte tragen, denn Skepsis und Ablehnung gegenüber den Deutschen blieben in der Bevölkerung lange bestehen. Umgekehrt war unter den Bürgern der DDR noch in den 1950er Jahren der Wunsch nach einer Grenzrevision stark ausgeprägt. Auch zwischen den kommunistischen Parteien wirkten die alten nationalen Konflikte gelegentlich fort.<sup>126</sup>

Sowohl die Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa als auch das Schicksal der Vertreibung wurde zügig aus der Öffentlichkeit verbannt. Neben der problematischen Verwicklung der neuen Bruderstaaten in die Thematik kam die grundsätzliche Differenz zur Bundesrepublik hinzu: Die DDR sah sich weder in der Nachfolge des Dritten Reiches, noch als Opfer des Krieges, vielmehr sah man sich als Sieger der Geschichte. Auch in dieses Bild passten die Vertriebenen als Opfergruppe kaum hinein.<sup>127</sup> Wenn die Geschichte der Deutschen Ostmitteleuropas thematisiert wurde, sah auch die DDR-Geschichtswissenschaft häufig – spiegelbildlich zum volkspolnischen Narrativ

<sup>122</sup> Zitiert nach: Schwarz: DDR und ČSSR, 2005, S. 409. Vgl. zum Görlitzer Abkommen vom 6. Juli 1950 und der Prager Deklaration vom 23. Juni 1950: Zimmermann: Wechselnde Bündnisse, 2010, S. 89.

<sup>123</sup> Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 278. Vgl. Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 117.

<sup>124</sup> Siehe: Schwartz: Tabu und Erinnerung, 2003, S. 101.

<sup>125</sup> Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 114.

<sup>126</sup> Zimmermann: Wechselnde Bündnisse, 2010, S. 89-91. Lotz: Die Landsmannschaft Schlesien, 2014, S. 103. Siehe auch: Olschowsky: Der wenig vertraute Nachbar – Das Bild Polens in der DDR, 2009, S. 143.

<sup>127</sup> Vgl. Wolfrum: Die beiden Deutschland, 2005, S. 162-166.

– die deutsche Ostsiedlung als historische ›Fehlentwicklung‹ und marginalisierte den deutschen Anteil an der ostmitteleuropäischen Geschichte, indem sie diesen vor allem als einen vermeintlich klassengeprägten chronischen Kriegszug der deutschen Oberschichten gen Osten betrachtete.<sup>128</sup> Zudem überbetonte die SED-Geschichtsschreibung die fortlaufende Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen im 19. Jahrhundert, an deren Ende primär deutsche Großgrundbesitzer und Kapitalisten den polnischen Arbeitern gegenüberstanden.<sup>129</sup> Abgesehen von dieser Entwicklung habe Polen sich wegen des imperialistischen Eroberungskrieges eine angemessene Kompensation verdient.<sup>130</sup> In populären Darstellungen schien die durch die Vertreibungen erreichte neue Ordnung zum Wohle der Arbeiterklassen aller dieser Länder durchgeführt worden zu sein, und daher auch für die meisten deutschen Vertriebenen.<sup>131</sup>

*Flucht und Vertreibung* konnten aber nicht vollständig aus der Gesellschaft der DDR verdrängt werden, vielmehr »fehlte es keineswegs an einer in spezifischen Bahnen verlaufenden Auseinandersetzung«.<sup>132</sup> Neben dem privaten Austausch und einer stark beschränkten wissenschaftlichen gab es eine durchaus kontinuierliche kulturelle Auseinandersetzung, deren Erzählung zumeist über den Subtext funktionierte oder einen stark propagandistischen, aber nicht notwendigerweise unempathischen Impuls hatte.<sup>133</sup> Eine 1961 inszenierte Komödie des Dramatikers Heiner Müller über die Integrationsproblematik mit dem Titel *Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande* wurde allerdings sogleich als »konterrevolutionäres Machwerk« mit einem Aufführungsverbot belegt, konnte aber 1976 wieder aufgeführt werden.<sup>134</sup> Im gleichen Jahr legte Christa Wolf mit ihrem zum Teil autobiografischen Roman *Kindheitsmuster* ein in der Sprache zurückhaltendes, aber in den Aussagen durchaus deutliches Werk über Flucht und Vertreibung vor.<sup>135</sup> Auch im Film der DDR war das Thema in einigen Schattierungen vergleichsweise konstant präsent.<sup>136</sup>

Trotz dieser gewissen Liberalisierung von Kultur und Wissenschaft in den 1970er und 1980er Jahren, die zu weiteren Werken und wissenschaftlichen Studien führte und die auch besonders schwierige Punkte wie die Vergewaltigungen durch die Rote Armee und die Versäumnisse der SED-Integrationspolitik ansprachen, blieb bis zuletzt de facto ein Vereinigungsverbot für die Vertriebenen bestehen.<sup>137</sup> Diesen gelang es je-

128 Vgl. Górný: Historiographiegeschichte und marxistisches Erbe, 2008/2009, S. 32-35.

129 Lotz: Die Landsmannschaft Schlesien, 2014, S. 103.

130 Ebd.

131 Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 403.

132 Beer: »Flucht und Vertreibung«, 2008, S. 262.

133 Siehe grundlegend für die Behandlung von Flucht und Vertreibung in der Literatur der DDR die Monografie von Bill Niven: Niven: Representations of Flight and Expulsion in East German Prose Works, 2014. Hier besonders: S. 11. Vgl. auch: Mehnert: »Flucht und Vertreibung« aus den historischen deutschen Ostgebieten, 2008, S. 237-245. Siehe ebenfalls: Kosser: Kalte Heimat, 2009, S. 290-300.

134 Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«, 2012, S. 428. Mehnert sieht neben der Umsiedlerfrage die Darstellung der gescheiterten DDR-Agrarpolitik als eine Ursache für das Verbot: Mehnert: »Flucht und Vertreibung« aus den historischen deutschen Ostgebieten, 2008, S. 240f.

135 Kosser: Kalte Heimat, 2009, S. 290-300.

136 Vgl. Tiews: Fluchtpunkt Film, 2017, S. 322-329.

137 Bauerkämper: Assimilationspolitik und Integrationsdynamik, 2008, S. 22. Schwartz: Tabu und Erinnerung, 2003, S. 95-97.

doch, zum Teil inoffizielle Treffen mit dem Schwerpunkt des unpolitisch-persönlichen Austauschs durchzuführen.<sup>138</sup> Diese Treffen wurden, wenn ermittelt, ebenso aufmerksam von Polizei und Staatssicherheit überwacht oder aufgelöst.<sup>139</sup> Zudem konnten in den Westen reisende Rentner sowie in der DDR zirkulierende Medien der Vertriebenenverbände eine gesamtdeutsche Verbindung ein Stück weit aufrechterhalten. Die *Hauptverwaltung Aufklärung* verfolgte die Aktivitäten der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik bis 1989 nachrichtendienstlich mit unterschiedlicher Intensität.<sup>140</sup>

Im Verhältnis der DDR zu ihren Nachbarn behielten der Zweite Weltkrieg und damit verbundene, ältere nationale Konflikte – im Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen – weiter große Relevanz und so blieb die erklärte Versöhnung oberflächlich.<sup>141</sup> Die Beziehung zur Volksrepublik Polen blieb bis 1989 schwierig und von Misstrauen geprägt, wozu auch die »von Moskau erzwungene Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1950 [und] die Tabuisierung der Vertreibung« beitrugen.<sup>142</sup> Auch die besseren Beziehungen zur Tschechoslowakei waren davon beeinflusst, zumal viele Polen und Tschechen die vorgegebene Unterteilung in »gute Deutsche« in Form der DDR-Bürger und »schlechte Deutsche« in Form der bundesrepublikanischen Bürger nicht mitgehen konnten oder wollten. Nicht nur auf propagandistischer Ebene, sondern auch außenpolitisch verbanden sich die drei Staaten aber, besonders in den 1950er und 1960er Jahren, zu einer gemeinsamen Linie in Form des geteilten Feindbildes der ›revanchistischen‹ Bundesrepublik, wobei sich die DDR als entschiedener Verteidiger der Oder-Neiße-Grenze zu profilieren versuchte.<sup>143</sup> Von einer ausschließlichen »Konfliktgeschichte« dieser Staaten zu sprechen, würde die verschiedenen gemeinsamen Interessen und Kooperationen unterbewerten.<sup>144</sup>

Schließlich sollte die Verständigung sowohl durch die staatlich gelenkte Versöhnungspolitik als auch durch den zahlenmäßig sehr relevanten DDR-Tourismus in der VRP und der ČSR sowie in umgekehrter Richtung nicht unterschätzt werden. Diese Reisen ermöglichten es auch ehemaligen deutschen Bewohnern dieser Länder, ihre alte Heimat zu besuchen und führten ähnlich wie bei den bundesrepublikanischen Reisenden zum Austausch mit den neuen Bewohnern und einem wechselseitigen Abbau von Vorurteilen und Spannungen. Ein Pionier der Verständigung war die 1958 in der DDR

<sup>138</sup> Vgl. Lotz: Die Landsmannschaft Schlesiens, 2014, S. 104f. Vgl. auch: Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 11f., 220f. Siehe auch: Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 278f.

<sup>139</sup> Vgl. Lotz: Im erinnerungspolitischen Sog, 2010, S. 334.

<sup>140</sup> Vgl. dazu grundlegend das Fazit von Amos: Amos: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, 2011, S. 279–295. Vgl. Kossert: Kalte Heimat, 2009, S. 186–190. Vgl. auch: Stickler: Gegenspieler der Aussöhnung? 2009, S. 229.

<sup>141</sup> Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt, 2005, S. 633f. Olschowsky zieht den Vergleich zur deutsch-französischen Aussöhnung, die in einem langen und beharrlichen Prozess erfolgreich war; davon »konnte zwischen der DDR und Polen nicht die Rede sein«. Vgl. für eine knappe Zusammenfassung des Verhältnisses von DDR und ČSSR: Schwarz: DDR und ČSSR, 2005, S. 408–417.

<sup>142</sup> Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt, 2005, S. 633f.

<sup>143</sup> Zimmermann: Wechselnde Bündnisse, 2010, S. 87–89. Vgl. Schwarz: DDR und ČSSR, 2005, S. 409. Siehe auch: Pfeil: »Brücken der Freundschaft« zwischen der DDR und Polen, 2016, S. 166f.

<sup>144</sup> Zimmermann: Wechselnde Bündnisse, 2010, S. 87.

gegründete, zunächst gesamtdeutsche zivilgesellschaftliche Initiative »Aktion Sühnezeichen«.<sup>145</sup>

Eine anfänglich positive Resonanz in der Bevölkerung der DDR auf die Solidarność-Bewegung wurde bald begrenzt durch die Reaktivierung alter antipolnischer Vorurteile, unterstützt durch eine entsprechende Agitation der SED sowie einen wachsenden Missmut über die wirtschaftlichen Folgen für die DDR und ein generelles Unverständnis gegenüber dem starken Nationalismus und dem großen Einfluss der katholischen Kirche.<sup>146</sup> Interessant ist, dass im Gegensatz zu den Oppositionellen in der VRP und der ČSSR die ›ostdeutsche Frage‹ in der DDR-Opposition eine vergleichsweise kleine Rolle gespielt hat, geschweige denn, dass diese die Oder-Neiße-Grenze in Frage stellte. War schon die Frage der Wiedervereinigung für die Opposition zunächst nicht von zentraler Bedeutung, so waren die ehemaligen deutschen Ostprovinzen und Flucht und Vertreibung noch weniger ein Thema.<sup>147</sup>

Die erste frei gewählte Regierung der DDR unter Lothar de Maizière bestätigte so im April 1990 mit der Volkskammer, von einem breiten Konsens getragen, zunächst noch vor und schließlich in einer gemeinsamen Erklärung mit dem Bundestag im Juni 1990 die Unverletzbarkeit der polnischen Westgrenze.<sup>148</sup> In politischer Hinsicht schien die SED-PDS (heute: *Die Linke*) in vielen Punkten die offizielle DDR-Perspektive zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung übernommen zu haben, was sich bei den späteren Diskussionen unter anderem in einer beständigen Gegnerschaft zum Bund der Vertriebenen zeigt. Damit konnte ein auch wechselseitig wirkender Anschluss an den linksliberalen Diskurs in Westdeutschland gefunden werden, der sich verstärkt den Perspektiven der östlichen Nachbarländer öffnete.<sup>149</sup> Die ›Expansion‹ des BdV in die neuen Bundesländer nach 1989 verlief schließlich weitgehend geräuschlos und erwirkte keine Revitalisierung des Verbandes, auch wenn über zwei Millionen Bürger der neuen Bundesländer den Vertriebenenstatus beantragten.<sup>150</sup>

### 4.3 Volksrepublik Polen

Am 22. Juli 1944 übernahmen die neuen polnischen Machthaber von Stalins Gnaden offiziell die Autorität in den von der Roten Armee eroberten Gebieten Polens westlich der von Stalin 1939 annektierten polnischen Ostgebiete. Sie waren von Beginn an gefordert, die Vertreibung der nicht-geflohenen deutschen Bevölkerung aus den polnischen und künftig polnischen Gebieten zu rechtfertigen. Dies geschah vor dem Hintergrund,

<sup>145</sup> Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 317.

<sup>146</sup> Holzer: Solidarność, 2014, S. 166.

<sup>147</sup> Olschowsky: Der wenig vertraute Nachbar – Das Bild Polens in der DDR, 2009, S. 148. Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 319f. Vgl. Vilímek: Zu den Ursachen des Regimezusammenbruchs in der Tschechoslowakei und der DDR im Jahr 1989, 2010, S. 186.

<sup>148</sup> Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 327. Vgl. Vetter: Der Preis des Wandels, 2019, S. 27f.

<sup>149</sup> Siehe: Schwartz: Vertriebene im doppelten Deutschland, 2008, S. 139f. Vgl. auch: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 573.

<sup>150</sup> Vgl. Danyel: Der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ/DDR 1945–1989, 2005, S. 181.

dass in der gesamten polnischen Gesellschaft die nationalsozialistische deutsche Besatzungsherrschaft als »existenzielle Bedrohung« wahrgenommen und erlebt wurde, das Land in Trümmern lag, seine Ostprovinzen verloren hatte und Hunderttausende an Menschenverlusten zu beklagen waren. Ein entsprechend hartes Vorgehen gegenüber den Deutschen traf auf breite Zustimmung.<sup>151</sup>

Die Präsenz von Deutschen nahm durch die weiteren ›Aussiedlungen‹ stetig ab, ebenso wie die neuen Autoritäten mit großer Energie alle Erinnerungen an die deutsche Zeit – vor allem Straßennamen, Schilder und Denkmäler – zu beseitigen versuchten, um sie durch polnische zu ersetzen.<sup>152</sup> Nicht nur diese Symbole sollten entfernt werden, auch der Gebrauch der deutschen Sprache wurde sowohl in der Öffentlichkeit als auch im privaten Umfeld bis in die 1960er Jahre hinein verboten und in den Grenzgebieten bis in die 1980er Jahre kein fremdsprachlicher Deutschunterricht angeboten.<sup>153</sup> Trotzdem dauerte es teilweise Jahrzehnte, bis die Bevölkerung die übernommenen Gebiete, Städte und Wohnungen als die ihren anerkannte. Das Verhältnis zur nie offiziell anerkannten deutschen Minderheit blieb angespannt. Durch eine Anerkennung fürchtete man eine Infragestellung der territorialen Nachkriegsordnung.<sup>154</sup>

Die Begründung der neuen polnischen Führung für die Entfernung der Deutschen lässt sich nach Hans-Jürgen Bömelburg in vier Argumenten zusammenfassen: Erstens seien die allermeisten Deutschen bereits 1945 geflohen, zweitens seien die ›Aussiedlungen‹ in Anbetracht der deutschen Verbrechen der Kriegszeit eine notwendige und konfliktentschärfende Lösung, drittens seien für die Entscheidung zur Aussiedlung allein die Siegermächte verantwortlich, die gemäß dem Wortlaut des Potsdamer Abkommens von den polnischen Autoritäten »ordentlich« und »human« durchgeführt wurden und viertens sei die polnische Bevölkerung in altpolnische Gebiete zurückgekehrt. Zudem wurde jede Verantwortung für Gewalttaten und Verbrechen gegen Deutsche oder derartige Vorkommnisse überhaupt rundheraus bestritten.<sup>155</sup>

Den ethnisch homogenen Nationalstaat verstanden die Kommunisten als Teil der Modernisierung in Abgrenzung zu den vormaligen Vielvölkerreichen, oder wie es im Protokoll einer Sitzung der PZPR vom Mai 1945 heißt: »Wir müssen sie hinauswerfen, da alle Länder auf nationalen, nicht multinationalen Grundlagen errichtet sind.«<sup>156</sup> In der polnischen Gesellschaft wurden die Aussiedlungen aber »nur als Randerscheinung gesehen, als Entfernung eines ethnisch und historisch fremden Elements aus angestammten polnischen Gebieten.«<sup>157</sup> Diese Argumentationen waren ebenso wie die Vorstellung von einem »Akt der historischen Gerechtigkeit« anschlussfähig an die Gefühlslage und Einschätzung vieler Polen.<sup>158</sup> Dies dürfte in geringerem Umfang für die ›Repatrianten‹ aus den polnischen *kresy* gegolten haben, die über ihren Verlust schweigen

<sup>151</sup> Vgl. Lotz: Das (Re-)Arrangieren von Feindbildern, 2007, S. 159.

<sup>152</sup> Service: Germans to Poles, 2013, S. 346.

<sup>153</sup> Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 87.

<sup>154</sup> Koszel: Die polnische Deutschlandpolitik in den Jahren 1970-1990, 2001, S. 915f.

<sup>155</sup> Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 38. Vgl. für eine ähnliche Systematisierung: Borodziej: Anmerkungen zur deutschen und polnischen Historiographie, 2007, S. 184f.

<sup>156</sup> Zitiert nach: Beer: Flucht und Vertreibung der Deutschen, 2011, S. 77.

<sup>157</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 135.

<sup>158</sup> Ebd., S. 134f.

mussten.<sup>159</sup> Auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als gerechtfertigt bedeutete nicht, dass diese »auch als sicher und nachhaltig« empfunden wurde.<sup>160</sup> Sinnbild für die volkspolnische Perspektive auf die ›Aussiedlungen‹ ist eine dokumentarische Szene an einem Breslauer Bahnhof aus der *Polska Kronika Filmowa* von 1946 mit dem Titel »Die Deutschen verlassen Polen«:

»Menschengruppen laden ihr keineswegs kleines Gepäck auf die Güterwaggons, die für den Personentransport angepasst worden sind, wobei alle – vermutlich auf Aufforderung des Kameramanns – in die Kamera lächeln. Einige winken freundlich. Der Sprecher [...] stellt empathisch fest: ›Wir wollen keine Rache. Wir hegen keinen Groll. Gute Fahrt – wir verabschieden uns für immer!‹«<sup>161</sup>

Diese Szene steht für die Vorstellung der zivilen Aussiedlung der Deutschen: Sie können quasi unbehelligt ihre (vielen) Sachen packen und noch mit einem Lächeln auf dem Gesicht in ihre *wirkliche* Heimat ausreisen. Auch die Polen hegen in dieser Szenerie aus dem Jahre 1946 bereits keine Rachegefühle mehr. Die Vorstellung einer geordneten Aus- und Umsiedlung soll zudem zeigen, dass die Polen ganz andere Methoden als die NS-Besatzer verwenden und es keinerlei Grund gibt, sich für die Durchsetzung dieses Aktes zu schämen, dass man sich im Gegenteil für diese humane Durchführung loben kann.<sup>162</sup> Das hier gezeichnete Bild steht in großem Kontrast zu den im Kapitel 3 diskutierten Verhältnissen.

Die Erzählung über den Zweiten Weltkrieg und die Aussiedlung der Deutschen bei der Etablierung des kommunistischen Staates ermöglichte es zudem, sich auf Seiten der Sieger zu verorten, die nicht nur die Überwindung des alten Feindes Deutschlands und die ›Wiedergewinnung‹ polnischer Gebiete ermöglicht, sondern Polen auch ein modernes und gerechtes Gesellschaftssystem gebracht haben. Das Zusammenwirken von sozialer Revolution und dem Bedürfnis nach Sicherheit verdichtete sich in den polnischen Westgebieten, in denen der spätere Parteichef der PZPR Władysław Gomułka eine besondere Verbindung des Volkes mit dem System erwartete. Die Ablehnung der Deutschen ebenso wie die Furcht vor diesen war ein entscheidender Kitt für das labile Verhältnis zwischen Bevölkerung und kommunistischer Staatsmacht.<sup>163</sup>

Dieses Narrativ diente nicht nur der Legitimation, sondern auch der Diskreditierung Zwischenkriegspolens und der bürgerlichen Exilregierung in London sowie konservativer Kräfte im Land. Diese seien nicht nur entscheidend mitverantwortlich für die Niederlage Polens 1939 gewesen und hätten sich der Kollaboration mit den Deutschen schuldig gemacht, sondern gefährdeten durch die Nichtanerkennung der polnischen Ostgrenze die neu geschaffene Friedensordnung und damit direkt oder indirekt die

<sup>159</sup> Vgl. Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 89.

<sup>160</sup> Hinrichsen: Oder-Neisse-Grenze, 2015, S. 510.

<sup>161</sup> Król: Das Bild des ethnischen Deutschen im polnischen Film, 2006, S. 367. *Polska Kronika Filmowa* (10) (Minute 00:16-03:05): Niemcy opuszczają Polskę. 1946.

<sup>162</sup> Król: Das Bild des ethnischen Deutschen im polnischen Film, 2006, S. 367f.

<sup>163</sup> Dmitrów: Polen, 2005, S. 198. Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 132-134. Opiłowska: Die Aneignung des fremden Raumes, 2013, S. 241, 245. Vgl. Kap. 3.6, S. 129f.

polnischen Westgebiete.<sup>164</sup> Abgesehen von der politischen Isolation nach 1945 war die bürgerliche Exilregierung tatsächlich in dem Dilemma gefangen, die neue Westgrenze anzuerkennen, die östliche aber nicht. Bürgerliche Konservative und Nationalisten, darunter viele ›Westforscher‹ der Zwischenkriegszeit, wurden von den Kommunisten schließlich pragmatisch zur Mitarbeit aufgefordert. Dies war durchaus erfolgreich, sahen doch viele Polen den Status Quo eines kommunistischen Systems als mittelfristig unausweichlich an, die territoriale Gestaltung und Absicherung Polens hingegen als darüber hinausreichendes Projekt, bei dem die Mitwirkung notwendig sei.<sup>165</sup>

Das Postulat der ›Rückkehr in uralte polnische Gebiete‹, die ›Wiedergewonnenen Gebiete‹, beruhte auf dem von Gomułka folgendermaßen zusammengefassten Piasten-mythos:

»Die Geschichte hat uns heute die einzige Chance gegeben, Polen in den piastischen Grenzen wiederzubeleben – Wir kehren in unsere Gebiete an der Oder, der Lausitzer Neiße und am Baltikum zurück. Wir liquidieren das Leid, welches uns vor Jahrhundernten durch die Gier der Kreuzritter angetan wurde. Wir liquidieren den Germanismus, der tief in diesen Gebieten verwurzelt ist. Wir geben sie dem Polentum zurück.«<sup>166</sup>

Die piastische Dynastie des frühen Hochmittelalters steht im nationalpolnischen Diskurs für die Westorientierung Polens.<sup>167</sup> Das mittelalterliche Staatswesen umschloss zeitweise ungefähr die polnischen Grenzen im Jahr 1945, das heißt mit einer Grenze an der Oder, dem Besitz von Pommern, und damit einem breiten Zugang zur Ostsee, sowie die schlesischen Gebiete. Auch nach Osten reichte das Gebiet nicht viel weiter hinaus als 1945. Freilich ist die mittelalterliche, dynastische Herrschaft über dünn besiedelte Gebiete nicht mit dem modernen Territorialstaat vergleichbar, aber diese historische Diskussion spielte keine Rolle. Im Gegenteil: Die These der urpolnischen Gebiete wurde in dem gängigen Ausspruch verdichtet, den der polnische Kardinal Stefan Wyszyński anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jubiläum der ›Befreiung‹ Breslaus in Hinblick auf seine frühmittelalterliche polnische Geschichte äußerte: »Die Steine sprechen Polnisch«.<sup>168</sup> Solche kirchlich-nationalen Positionen waren für die Kommunisten anschlussfähig und auf dieser Grundlage wurde ein einmaliger ›künstlicher Raum [...] zwischen nationalistischer Reinkarnation des frühmittelalterlichen polnischen Staatswesens und kommunistischen Sieges- und Fortschrittsgedanken‹ konstruiert.<sup>169</sup>

In diesem Narrativ tauchen die Deutschen vor allem als hinterhältige Kreuzritter und Invasoren auf. Dass die schlesischen Herzogtümer auf friedlichem Wege in den

<sup>164</sup> Vgl. Fend: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der »Wende«, 2016, S. 75f. Vgl. auch: Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 73.

<sup>165</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 132. Strauchold: Die »Wiedergewonnenen Gebiete«, 2005, S. 310f.

<sup>166</sup> Zitat und Übersetzung nach: Halicka: Polens Wilder Westen, 2013, S. 293f.

<sup>167</sup> Neben der Annahme des katholischen Christentums und der Integration in den westeuropäischen Kulturrbaum wird im nationalkonservativen Diskurs Polens auch die Ablehnung der slawischen Orthodoxie betont.

<sup>168</sup> Kuroczyński: Die Medialisierung der Stadt, 2011, S. 131f.

<sup>169</sup> Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 89. Vgl. Strauchold: Die »Wiedergewonnenen Gebiete«, 2005, S. 309-316.

›deutschen Kulturkreis‹ übergingen, wurde ebenso ausgeblendet wie der Ruf der polnischen Fürsten nach deutschen Siedlern zur weiteren Entwicklung des Landes sowie der Hilferuf an den Deutschen Orden zur Bekämpfung der prußischen Heiden. Teil dieses Konzeptes ist die Vorstellung, dass die deutsche Präsenz in diesen Gebieten oberflächlich und begrenzt auf Ausbeutung und Vernichtung gewesen sei.<sup>170</sup> Das auf polnischer Seite vorhandene Bild des mordenden Kreuzritters fand im deutschen Diskurs des 19. und 20. Jahrhunderts sein Spiegelbild im deutschen Kulturträger im archaischen Osten. Tatsächlich gingen die polnischen Kommunisten so weit, von einer historischen Mission zu sprechen, die seit Jahrhunderten den Polen auferlegt war: die Rückeroberung und die Rückkehr in die urpolnischen Gebiete. Sie sahen und feierten sich als Vollzieher dieses Auftrages und versuchten, damit einen heldenhaften und legitimen Platz in der polnischen Geschichte zu beanspruchen.<sup>171</sup> Offiziell wurde das Argument vermieden, dass es sich um eine Entschädigung für die verlorenen polnischen Ostgebiete handelte, denn ein solcher Handel wäre der polnischen Bevölkerung propagandistisch schwer zu vermitteln gewesen und hätte zugleich das Bündnis mit der Sowjetunion wegen deren weitgehend tabuisierter Übernahme der *kresy* diskreditiert. Sowohl in Deutschland als auch in der VRP verloren diese Narrative spätestens mit der Entspannungspolitik der 1970er Jahre an Bedeutung.<sup>172</sup> Olaf Matthei schreibt, dass Piastenmythos und nationalistische Rhetorik die strukturelle Schwäche der kommunistischen Führung bloßlegten, der es nur auf diesem Wege und auch nur eingeschränkt gelungen sei, »in der überwiegend konservativ-katholischen Bevölkerung Vertrauen zu wecken.«<sup>173</sup>

Der Piastenmythos war zugleich ein Gegenentwurf zur vermeintlich fatalen Ostausrichtung der Jagiellonendynastie und ihres Vielvölkerreiches, die im strukturellen Konflikt mit dem Moskowiter Reich stand. Aus nationalkommunistisch sowjetischer und polnischer Perspektive war diese dafür verantwortlich, dass sich die slawischen Völker in einem Kampf gegeneinander aufrieben und damit ein langanhaltender Hass zwischen den ›Brudervölkern‹ gesät wurde. Die Rückkehr der Polen in ihr ›angestammtes‹ Gebiet ermöglichte es nun Polen, im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit, in seinen ›historischen Grenzen‹ zu stehen, die nur in einer gemeinsamen »Waffenbrüderschaft des Polnischen Heeres mit der Roten Armee« sowie im Bündnis mit den Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakei durch den »Bau eines großen slawischen Walls« gegen den »Drang des germanischen Imperialismus« verteidigt werden könnten.<sup>174</sup> Hinter dieser Rhetorik verbarg sich auch Stalins Plan, Polen und die Tschechoslowakei dauerhaft in eine sowjetisch dominierte Verteidigungsallianz zu zwingen. Tatsächlich war bis in die kommunistische Führung Polens hinein die nicht völlig unbegründete Angst stets präsent,<sup>175</sup> dass sich Stalin oder seine Nachfolger erneut mit den Deutschen auf Kosten Polens einigen könnten.<sup>176</sup> Die reale ebenso wie die propagierte Angst vor den Deutschen erfüllte neben der Legitimierung des Regimes und des Bündnisses mit der

<sup>170</sup> Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 90.

<sup>171</sup> Vgl. ebd.

<sup>172</sup> Vgl. Traba; Żytniec: Verlorene Heimat/Wiedergewonnene Gebiete, 2015, S. 727.

<sup>173</sup> Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 90.

<sup>174</sup> Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung vom 22. Juli 1944.

<sup>175</sup> Koszel: Die polnische Deutschlandpolitik in den Jahren 1970-1990, 2001, S. 920.

<sup>176</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 137.

Sowjetunion zudem den Zweck der innenpolitischen Repression von Gegnern, denen man eine Zusammenarbeit mit diesen oder aber eine nachhaltige Schwächung gegenüber diesen unterstellte.<sup>177</sup> Der Hitler-Stalin-Pakt, die Okkupation Ostpolens durch die Sowjetunion und das Katyń-Massaker wurden aus der Öffentlichkeit vollständig verdrängt.<sup>178</sup>

Eine erste Abschwächung der Rhetorik setzte 1949 ein, als sich mit der Gründung der DDR ein deutscher Staat an der Seite Polens in einem Bündnis unter Führung der Sowjetunion befand. Mit dem bilateralen Görlitzer Abkommen von 1950, das die Grenze zwischen der DDR und Polen bestätigte, war auf offizieller Ebene eine strittige Frage beseitigt. Das Bild der Deutschen teilte sich rhetorisch: Von nun an gab es ein ›fortschrittliches‹ Deutschland, welches jedem Revanchismus abgeschworen hatte und eine sichere Friedensgrenze gewährleistete und die Bundesrepublik als Hort des Revanchismus, in dem kapitalistische Kriegstreiber die Vertriebenen in ihrem Elend beließen und diese weiter gegen die Nachbarn hetzen konnten.<sup>179</sup> Die Nicht-Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik sowie das von allen Bundestagsparteien lange vertretene ›Recht‹ der Vertriebenen auf ihre Heimat boten allerdings auch so weiterhin genügend Angriffsflächen. Eine in Polen verbreitete Fotografie jener Zeit zeigte Konrad Adenauer als Ehrenritter des Deutschen Ordens. Obwohl dieser seit 1929 eine zivile, geistliche katholische Ordensgemeinschaft war, fügte sich dieses Bildmaterial gut in den behaupteten erneuten Drang der jungen Bundesrepublik nach Osten.<sup>180</sup>

Der stalinistischen Phase folgte in Polen mit der Machtübernahme des zwischenzeitlich in Ungnade gefallenen Nationalkommunisten Gomulka 1956 zunächst eine kurze Phase der scheinbaren Liberalisierung. Die nationalkommunistische Rhetorik wurde aber bereits Ende der 1950er Jahre schärfer. Klaus Bachmann spricht von »einer Art Symbiose zwischen zwei totalitären Ideologien«, die sich aus faschistischen Ansätzen der Zwischenkriegszeit und dem Sowjetkommunismus zusammensetzte.<sup>181</sup> Borodziej schreibt etwas zurückhaltender von einer »Verlagerung des ideologischen Schwerpunktes vom international-marxistischen auf den nationalen.«<sup>182</sup> Das antideutsche Element wurde nach der Festigung des Systems weniger permanent und eher bei Bedarf ausgespielt.<sup>183</sup> Der Prozess der Abkehr von kommunistischer Rhetorik wurde in den 1960er Jahren soweit abgeschlossen, als »die polnische Nation unweigerlich [...] [zum] beinahe unangefochtenen integrativen Leitmotiv aufstieg«.<sup>184</sup> Die staatlich forcierten antisemitischen Ausschreitungen im März 1968 waren ein trauriger Höhepunkt dieser nationalistischen Eskalation.<sup>185</sup> Der vermeintliche Pioniergeist in den polnischen Westgebieten war derweil einer zunehmenden Desillusionierung gewichen, die generelle Stagnation

<sup>177</sup> Dmitrów: Polen, 2005, S. 200.

<sup>178</sup> Ebd., S. 203.

<sup>179</sup> Vgl. Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 137.

<sup>180</sup> Vgl. Adenauer und Polen. *DasErste.de*. 2004.

<sup>181</sup> Bachmann: Nationalistische Einstellungen in der Volksrepublik Polen, 2013, S. 261.

<sup>182</sup> Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 306.

<sup>183</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 138.

<sup>184</sup> Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 46.

<sup>185</sup> Ebd. S. 90.

jenseits der urbanen Zentren war hier durch die weiterhin für die Bevölkerung unsichere Lage der Grenze und die dadurch gehemmte Investitionsbereitschaft in den zugewiesenen Besitz besonders stark zu beobachten.<sup>186</sup> Borodziej zieht einen Auslandspolen heran, der die Gegend besucht und eine »allgemeine Verwahrlosung und zivilisatorischen Abstieg« konstatiert.<sup>187</sup> Die späte Gomulka-Phase endete für den Parteichef noch mit einem letzten Triumph in Form der Anerkennung der Grenze durch die Bundesrepublik.<sup>188</sup> Nach seinem Sturz folgte unter Edward Gierek ähnlich dem kurz darauf folgenden Machtwechsel in der DDR eine Hinwendung zur Konsumgesellschaft westlicher Prägung und einem kreditfinanzierten wirtschaftlichen Aufbruch.

In die 1960er Jahre fielen auch erste bedeutende zivilgesellschaftliche Versöhnungsgesetze und Versuche, einen neuen Dialog zwischen Deutschen und Polen zu schaffen. Das bis heute denkwürdigste Ereignis war im November 1965 der Brief der polnischen Bischöfe, den diese am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils anlässlich der Einladung zur 1000-Jahrfeier der Christianisierung Polens ihren deutschen Amtsbrüdern übergeben. In diesem nahmen sie Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und die Zwangsumsiedlungen sowie das gegenseitige Leiden und formulierten die bis heute immer wieder zitierten Worte:

»Und wir bitten Sie, unsere Grüße und Dankesworte an die deutschen Brüder im Evangelium zu richten, die mit Ihnen und mit uns zusammenarbeiten, um eine Lösung für unsere Schwierigkeiten zu finden.

In diesem höchst christlichen und sehr menschlichen Geist reichen wir Euch, hier auf den Bänken des endenden Konzils sitzend, unsere Hände und wir gewähren Vergebung und bitten um diese.«<sup>189</sup>

Mit dieser Geste war auch der Wunsch verbunden, dass die deutschen Amtsbrüder sich für eine Anerkennung der neuen Grenze aussprechen sollten.<sup>190</sup> Die Antwort der deutschen Bischöfe wurde vor allem in Polen als enttäuschend wahrgenommen;<sup>191</sup> umso schärfer war die Reaktion der kommunistischen Machthaber und

<sup>186</sup> Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 339.

<sup>187</sup> Ebd.

<sup>188</sup> Ebd., S. 316f.

<sup>189</sup> »I prosimy Was też, abyście przekazali nasze pozdrowienia i wyrazy wdzięczności niemieckim Braciom Ewangelikom, którzy wraz z Wami i z nami trudzą się nad znalezieniem rozwiązania naszych trudności. W tym jak najbardziej chrześcijańskim, ale i bardzo ludzkim duchu, wyciągamy do Was, siedzących tu, na ławach kończącego się Soboru, nasze ręce oraz udzielamy wybaczenia i prosimy o nie.« Konferencja Episkopatu Polski: Orędzie biskupów polskich do biskupów niemieckich, 1965.

<sup>190</sup> Bömelburg weist darauf hin, dass der Brief mitnichten als (politisches) Eingeständnis polnischer Verantwortung missverstanden werden kann (auch wenn dies häufig so gesehen wird), sondern er vielmehr in (s)einem theologischen Kontext zu verstehen sei: Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 39.

<sup>191</sup> Vgl. Felsch; Latkowska: Brief der (polnischen) Bischöfe und Willy Brandts Kniefall, 2012, S. 396. Borodziej spricht bei dem Antwortschreiben von einem »nichtssagenden Brief«: Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 310. Langguth, Oberreuter und Wolffsohn sehen hingegen unter Bezug auf den polnischen Bischof Alfons Nossol die Antwort sehr wohl als eine wichtige Geste der Verständigung und Aussöhnung: Langguth; Oberreuter et al.: Zum Verständnis der deutschen Polenpolitik, 2011, S. 56.

großer Teile der Gesellschaft.<sup>192</sup> Abgesehen davon, dass die Regierung keine kirchliche Parallel-Außenpolitik sowie zu dem Zeitpunkt auch keine Annäherung an einen der tatsächlichen und propagandistischen Hauptfeinde im Westen wünschte, konnte das Ereignis nationalistisch sowie für eine Verschärfung der (bald gescheiterten) anti-kirchlichen Politik genutzt werden.<sup>193</sup> Den meisten Polen jener Zeit schien es fragwürdig und empörend, sich bei den Deutschen entschuldigen zu müssen, sei es wegen persönlicher Erlebnisse in der Besetzungszeit oder durch die bereits zwanzig Jahre andauernde Präsenz undifferenzierter antideutscher Feind- und Geschichtsbilder in Schule, Politik und Medien.<sup>194</sup> Auch wenn die grundsätzliche Verständigungsbereitschaft bei der Bevölkerung vorhanden war, erwartete man eine Initiative von deutscher Seite.<sup>195</sup> Adam Krzeminski ruft zudem die emotionale Bedeutung in Erinnerung: Die Nicht-Anerkennung der Grenze durch die Bundesrepublik habe für die polnische Bevölkerung eine gegenwärtig nurmehr schwer nachvollziehbare Kränkung und das »Angewiesensein auf ein provisorisches Leben, auf sowjetische Garantien und die Solidarität der Ostblock-Staaten« und damit eine schwere Demütigung bedeutet. Eine Anerkennung der Grenze verband sich mit der »Hoffnung auf Normalität«, auf welche die in den Grenzgebieten lebenden Polen schließlich noch lange warten mussten.<sup>196</sup> In der Nachgeschichte wird dem Hirtenbrief ähnlich Brandts Kniefall schließlich eine »ungeheure Rolle« für die Versöhnung zwischen Polen und der Bundesrepublik zugesprochen, die aber erst nach Jahren ihre volle Wirkung entfaltete.<sup>197</sup>

Mit der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik und der Abkehr der SPD von ihren ehemaligen vertriebenenpolitischen Grundsätzen differenzierten sich für die VRP nicht mehr nur DDR und Bundesrepublik, sondern auch letztere selber in vergleichsweise fortschrittliche und nach wie vor revisionistische Kräfte, die zum ersten bei den Sozialdemokraten und zum zweiten in der CDU und den Vertriebenenverbänden gesehen wurden. Die faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie Brandts ikonischer Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghetto-Aufstandes und die wachsende ökonomische und politische Verflechtung ließen das Feindbild des westdeutschen Revanchisten schwächer werden.<sup>198</sup> Dies galt verstärkt nach dem gescheiterten Misstrauensvotum von 1972, da kaum mehr zu übersehen war, dass die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik ihren Zenit überschritten hatten. Dies führte zugleich zu einer differenzierteren Berichterstattung über die Vertriebenenverbände bis hin zu

<sup>192</sup> Michnik: Trauma, Memory, and Justice, 2011, S. 209f.

<sup>193</sup> Vgl. Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 138f. Vgl. auch: Felsch; Latkowska: Brief der (polnischen) Bischöfe und Willy Brandts Kniefall, 2012, S. 399.

<sup>194</sup> Vgl. Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 310.

<sup>195</sup> Madajczyk: Die deutsche Reaktion auf den Brief der Bischöfe in der polnischen Rezeption, 2009, S. 206.

<sup>196</sup> Adam Krzeminski im Gespräch mit Basil Kerski: Kerski: Willy Brandt in Warschau, 2010/11, S. 31.

<sup>197</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 139.

<sup>198</sup> Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 57. Vgl. Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 142.

empathischen Artikeln über deutsche Opfer des Krieges.<sup>199</sup> Diese in der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* erschienenen Beiträge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich das insgesamt verbesserte Verhältnis zur Bundesrepublik in der Presse spiegelte, diese aber stets den jeweils gegenwärtigen politischen Zielsetzungen der PZPR untergeordnet blieb.<sup>200</sup> Brandts Geste versuchte man beispielsweise in der volkspolnischen Presse möglichst wenig Beachtung zu schenken, dennoch wurde sie bekannt und für viele Polen zu dem lang erhofften Symbol einer gewandelten Bundesrepublik.<sup>201</sup>

Die gesellschaftliche Modernisierung unter Edward Gierek definierte sich anstelle aggressiver Abgrenzung verstärkt über eine integrative und positive Identität.<sup>202</sup> Diese Entwicklungen verbunden mit einem neuen Arbeitsklima zwischen Bundesrepublik und VRP auf Regierungsebene führten aber in der grundsätzlichen Bewertung des historischen Geschehens zu keinerlei oder kaum Veränderungen. Ebenso blieben in der Alltags- und Museumskultur die alten Stereotype stark präsent, auch wenn die zunehmende Reisetätigkeit zwischen DDR und VRP ebenso wie aus der Bundesrepublik zu neuen positiven Alltagserfahrungen führten.<sup>203</sup> Das immer weniger wirksame Feind- oder Angstbild des revanchistischen Deutschen wurde von der PZPR-Führung in den Hintergrund gestellt, aber nicht beseitigt. Nach Elżbieta Opiłowska lag dies daran, dass ihr schlicht ein Ersatz für den legitimierenden und integrativen Mythos der deutschen Gefahr fehlte.<sup>204</sup> Dies änderte nichts daran, dass in der Hochphase der Entspannungspolitik 1975 in einer repräsentativen Umfrage nunmehr nur 13 Prozent der Polen angaben, mit Deutschland eine Gefahr zu assoziieren (was 1969 noch 52 Prozent taten).<sup>205</sup>

In den Oppositionskreisen der 1970er Jahre wuchs langsam ein neues Vertrauen zum veränderten (West)Deutschland heran, auch wenn viele ihrer Vertreter weiterhin davon ausgingen, dass die Teilung Deutschlands aus polnischer Sicht zu befürworten sei. Grundsätzlich ist zu beachten, dass in der »organisierten Opposition« progressive Vertreter »überrepräsentiert waren« und konservative Stimmen, die »sich der Vision eines homogenen polnischen Volkes ohne nationale Minderheiten verbunden« fühlten und »wesentlich skeptischer gegenüber Deutschland« eingestellt waren, gesamtgesellschaftlich nur scheinbar in der Minderheit waren.<sup>206</sup> Wesentlich wichtiger als die Frage der Vertreibung der Deutschen war für die Opposition die Diskussion der tabuisierten Elemente der polnisch-sowjetischen Geschichte und eine kritische Reflektion des stalinistischen Polen und der Rolle des Landes im Zweiten Weltkrieg. Die meisten der Autoren zielten bei diesen Themen aber weniger auf Selbstkritik als auf den Widerspruch

<sup>199</sup> Jakubowska: Der Bund der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Polen, 2012, S. 217-219.

<sup>200</sup> Jarząbek: Fortsetzung oder Veränderung? 2015, S. 369.

<sup>201</sup> Kerski: Willy Brandt in Warschau, 2010/11, S. 34.

<sup>202</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 140f.

<sup>203</sup> Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 319.

<sup>204</sup> Opiłowska: Die Aneignung des fremden Raumes, 2013, S. 245.

<sup>205</sup> Bachmann: Nationalistische Einstellungen in der Volksrepublik Polen, 2013, S. 269.

<sup>206</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 143.

zum offiziellen Geschichtsbild und die *richtige* Darstellung der polnischen Nationalgeschichte.<sup>207</sup>

Während der Streikbewegungen der Solidarność 1980/81 ließ sich trotz fortgesetzter Versuche des Regimes das Angstbild der Deutschen kaum mehr reaktivieren.<sup>208</sup> Für die streikenden Arbeiter, die Intellektuellen und für die Kirche war der Gegner die kommunistische Regierung und darüber hinaus die Sowjetunion. Aus Deutschland fürchtete man wenig, außer einer für die volkspolnischen Machthaber vorteilhaften Gleichgültigkeit beziehungsweise neutralen Haltung gegenüber der Solidarność. Und tatsächlich sah die sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt die Solidarność-Bewegung skeptisch, wollte man doch die aufgebauten Arbeitsbeziehungen zur kommunistischen Regierung nicht verschlechtern.<sup>209</sup> Der Ausrufung des Kriegsrechts im Winter 1981 folgte dann später die Begründung des Generals und Ministerpräsidenten Wojciech Jaruzelski, dass er eine gewaltsame Besetzung der Volksrepublik durch die Rote Armee und den Warschauer Pakt unbedingt verhindern wollte.<sup>210</sup>

Die von der Solidarność wenigstens temporär geschaffenen Freiräume ebenso wie die fortbestehende illegale Presse und ein Untergrundbuchmarkt, der sogenannte *zweite Umlauf [drugi obieg]*, schufen auch den Raum für selbstkritische Auseinandersetzungen mit der deutsch-polnischen Vergangenheit. Berühmt ist Jan Józef Lipskis 1981 erschienene umkämpfte Abrechnung mit dem extremen polnischen Nationalismus:

»Der Appell des polnischen Episkopats an den deutschen beinhaltet vor allem ein Problem, das sich nicht umgehen lässt, wenn man dem Christentum treu bleiben will: das Problem auch unserer Schuld gegenüber den Deutschen. Den Polen scheint eine solche Darstellung der Dinge unerträglich – und das ist auch unschwer zu verstehen, denn die Proportionen sind absolut unvergleichlich. Man darf sich aber nicht mit einer Bagatellisierung der eigenen Schuld abfinden, selbst dann nicht, wenn sie unvergleichlich viel geringer ist als die fremde.«<sup>211</sup>

In weiteren Zeilen rechnet Lipski mit dem Piastenmythos, vermeintlicher Kollektivschuld und der angeblichen jahrhundertelangen deutsch-polnischen Erbfeindschaft ab.<sup>212</sup> Diese primär aus dem progressiven Milieu der Opposition stammenden Stimmen waren jenseits der heftigen Bekämpfung durch die staatliche Presse aber weder innerhalb der Opposition unumstritten, noch konnten sie eine hegemoniale Stellung in der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung erlangen.<sup>213</sup> Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik missverstanden Lipskis Schrift als Bestätigung ihrer eigenen

<sup>207</sup> Vgl. Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 91. Siehe auch: Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 87f.

<sup>208</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 144. Vgl. Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 88.

<sup>209</sup> Vgl. Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt, 2005, S. 125.

<sup>210</sup> Vgl. Urban: Tragische Gestalt der polnischen Geschichte. *Süddeutsche Zeitung*. 25.05.2014.

<sup>211</sup> Lipski: Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen, 1998, S. 192.

<sup>212</sup> Ebd., S. 190-199.

<sup>213</sup> Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt, 2005, S. 310. Vgl. Gawin: Über den Nutzen und Schaden des historischen Revisionismus, 2006, S. 36-44.

Position, wohingegen die progressive deutsche Öffentlichkeit »aus falsch verstandener Versöhnungsabsicht« den Text in Hinblick auf eine neue Nachkriegsordnung kritisch besprach.<sup>214</sup> Die zunehmende konservativ-katholische Ausrichtung der Solidarność ebenso wie ein Fortleben des Nationalismus ließen diese selbstkritische Debatte über die eigene historische Rolle auf einen kleinen Zirkel beschränkt bleiben, deren mittelfristige Bedeutung als eine der Grundlagen für die deutsch-polnische Versöhnung dennoch nicht unterschätzt werden darf.<sup>215</sup>

Wojciech Jaruzelski äußerte in einem internen Exposé vom 12. Februar 1981, dass aufgrund der gewachsenen polnischen Schwierigkeiten revanchistische Kräfte auf eine weitere Verschuldung und Schwächung Polens hoffen würden, um so die alten deutschen Ostgebiete zurückkaufen zu können.<sup>216</sup> Dennoch blieb die Rhetorik gegen die Bundesrepublik verhalten, zumal sich die Bundesregierung während der Niederschlagung der Solidarność mit Protesten auffällig zurückhielt.<sup>217</sup> Interessanterweise hielten sich bis in die Führung der Volksrepublik hinein Gerüchte, dass selbst die DDR auf eine Grenzrevision spekulieren könnte und so dürfte auch das Drängen Honeckers auf einen Einmarsch in die Volksrepublik zur Niederschlagung der Solidarność wenig vertrauensbildend gewirkt haben.<sup>218</sup>

Trotz mangelhafter Resonanz wurde in der volkspolnischen Presse im Kampf gegen die Solidarność das Bild westdeutscher Einflussnahme bis hin zur Konstruktion einer Verschwörung von Revisionisten und Solidarność-Vertretern geschaffen. Die Betonung eines äußereren Feindes, der mit dem inneren Feind zum Schaden Polens kooperiert, konnte an ältere Narrative anknüpfen: Letztlich drohte die gezielte Schwächung Polens und eine Reaktivierung des deutschen ›Dranges nach Osten‹. So verzerrten volkspolnische Medien die Berichterstattung über Pro-Solidarność-Kundgebungen in Westdeutschland, in denen Polen und Deutsche vermeintlich eine Revision der Oder-Neiße-Grenze gefordert hätten. Jaruzelski selbst hielt die Agitation bezüglich des deutschen Revisionismus für einen »Selbstläufer«. Das Bild der westlichen Verschwörung wurde verdichtet in einer Bildmontage der 1980er Jahre, in der einmal mehr das Bild Adenauers im Mantel des Deutschen Ordens gemeinsam mit Ronald Reagan als Cowboy und einem Kreuzritter unter dem Titel »Der Dritte Kreuzzug nach Polen« in Umlauf gebracht wurde.<sup>219</sup>

Ansonsten verzichtete das Jaruzelski-Regime auf einen »Rollback« der Geschichtspolitik und es begann »mit der Untergrundopposition um den Titel des eifrigeren Sachverwalters der nationalen historischen Tradition zu wetteifern«, was bereits lange vor 1989 zu einer weitgehend abschließenden Dekommunisierung der Erinnerungskultur

<sup>214</sup> Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt, 2005, S. 310.

<sup>215</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 143. Vgl. Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 41.

<sup>216</sup> Koszel: Die polnische Deutschlandpolitik in den Jahren 1970-1990, 2001, S. 917f. Auch Olaszek konstatiert in Bezug auf interne Dokumente der PZPR Führung, dass man ein Wiederaufleben des westdeutschen Revanchismus fürchtete: Olaszek: Antideutsche Motive in der Propaganda gegen die Solidarność, 2013, S. 142f.

<sup>217</sup> Koszel: Die polnische Deutschlandpolitik in den Jahren 1970-1990, 2001, S. 918.

<sup>218</sup> Ebd. Vgl. Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt, 2005, S. 310.

<sup>219</sup> Olaszek: Antideutsche Motive in der Propaganda gegen die Solidarność, 2013, S. 142-151.

mit der fortgesetzten Ausnahme in Hinblick auf die Sowjetunion führte.<sup>220</sup> Erneut wurde der geschichtspolitische Fokus auf die innere und integrierende Mobilisierung der Bevölkerung gerichtet, auch wenn weiterhin »auf der Basis selbst geringfügigster Nachrichten über revanchistische Stimmen aus dem Umfeld westdeutscher Vertriebenenverbände« ein Bedrohungsszenario durch die Bundesrepublik konstruiert und aufrecht erhalten wurde.<sup>221</sup> Die Geschichte wandelte sich zu dem zentralen Sinnhorizont des polnischen Spätsozialismus, »nachdem Zukunft und Gegenwart als Sinnhorizonte ausgefallen waren«.<sup>222</sup> Die vermeintlich erreichten Errungenschaften der Volksrepublik wurden hervorgehoben und in einer pseudo-marxistischen und pseudo-historischen Argumentation mangels sonstiger größerer Erfolge »erklärten die Kommunisten kurzerhand die Schaffung eines ethnisch homogenen polnischen Nationalstaats an Oder und Ostsee zur zentralen historischen Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung in Polen.«<sup>223</sup> Florian Peters stellt schließlich in Bezug auf Jerzy Holzer fest, dass am Ende der Volksrepublik eine sonderbare Übereinstimmung von Gesellschaft und Regime im Verständnis Polens als auserwähltem Volk »zum gemeinsamen Nenner offizieller und alternativer Geschichtsbilder geworden« sei.<sup>224</sup>

In den oppositionellen Zirkeln intensivierte sich die Diskussion über das Verhältnis zu Deutschland und den Gegenstand von Flucht und Vertreibung. Man argumentierte rational für die Oder-Neiße-Grenze, die unabdingbar für die Existenz eines künftigen demokratischen Polens sei, zugleich wollte man nicht länger die Teilung Deutschlands verteidigen, habe Polen doch selbst schwer unter dem Schicksal seiner Teilungen gelitten. Zudem sei für die Versöhnung bedeutsam, dass sich die Polen bewusst und selbstbewusst des übernommenen und unter dem Sozialismus schwer beschädigten deutschen Kulturerbes annähmen. Außerdem verstärkte sich die Idee einer deutsch-polnischen Schicksalsgemeinschaft, die sich über eine nun als gemeinsam verstandene Lokal- und Regionalgeschichte herausgebildet habe. So könnten eine eigene, angemessene Erinnerung an die ehemaligen *kresy* und die Zwangsaussiedlung aus diesen sowie die Bewahrung des polnischen Kulturerbes vor Ort schwerlich gefordert werden, wenn man dieses der deutschen Seite vorentalte.<sup>225</sup> Der Verlust der *kresy* selbst wurde von aus diesen Regionen stammenden polnischen Intellektuellen im Exil bereits früh als endgültig anerkannt und für künftige gute nachbarschaftliche Verhältnisse eine Abkehr von »dem Anspruch einer kulturellen Hegemonie« in der Region gefordert.<sup>226</sup> Trotz dieser Diskurse traf eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der pol-

<sup>220</sup> Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 12.

<sup>221</sup> Ebd., S. 432. Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 144.

<sup>222</sup> Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 48.

<sup>223</sup> Ebd., S. 51.

<sup>224</sup> Ebd., S. 436.

<sup>225</sup> Die Texte des »zweiten Umlaufs«, auf die hier Bezug genommen wird, sind abgedruckt bei: Thürich (Hg.): Schwierige Nachbarschaften, 1990, S. 172f., 192-194. Vgl. zum zunehmenden Bewusstsein der Verantwortung für das deutsche Kulturerbe in den 1980ern Jahren auch: Opłowska: Die Aneignung des fremden Raumes, 2013, S. 255. Vgl. Olschowsky: Relations between the Federal Republic of Germany and the Peoples' Republic of Poland, 2014, S. 245.

<sup>226</sup> Ther: Die Außenseiter, 2017, S. 232.

nischen Bevölkerung auch in den 1980er Jahren kaum auf Zustimmung und wurde vielmehr als Risiko eingeschätzt.<sup>227</sup>

Peters bemerkt, dass letztlich die Westverschiebung Polens ebenso wie die Frage der *kresy* in der Opposition »vergleichsweise selten in historischer Perspektive thematisiert wurde.« Im Text von Lipski sieht er einen Beleg für den Erfolg der volkspolnischen Propaganda, da dieser die allgemein vorherrschende Denkweise in Polen kritisierte. Letztlich gelte für die Auseinandersetzungen in der Opposition über die Geschichte, dass selbstkritische Stimmen keineswegs ausschließlich geteilt wurden und dass die in diesem Milieu entstandene »alternative Geschichtskultur [...] nicht automatisch auch eine Pluralisierung der Diskursinhalte nach sich« zog. Dennoch hätten diese schließlich zu einer Diversifizierung der Erinnerungskultur geführt. Die Übernahme westlicher Trends und der Individualismus einer neuen Generation ließen die von politischer Seite als so zentral verstandene Geschichte zudem nur noch als eines von vielen Themen erscheinen. Schließlich habe sich auch in der späten, nichtstaatlichen Erinnerungskultur der internationale Trend der stärkeren Erinnerung an das individuelle Opfer gegenüber dem heroischen Einzelkämpfer oder Kollektiv zunehmend durchgesetzt.<sup>228</sup>

Mit dem Jahr 1989 und dem sich entwickelnden Umbruch erschien für viele Polen und Deutsche überraschend wieder eine sich politisch artikulierende deutsche Minderheit. Diese nationale Minderheit, die wenigstens oberflächlich vollständig polonisiert war, musste ihre Identität und Sprache unter der kommunistischen Herrschaft bis zuletzt in der Öffentlichkeit weitgehend verstecken. Unklar war daher zunächst, wie groß die Anzahl der Menschen war, die sich selbst noch (oder teilweise) als Deutsche identifizierten.<sup>229</sup> Die im Gegensatz zur Verschärfung des Kalten Krieges stabile deutsche Außenpolitik gegenüber Polen drehte sich in den 1980er Jahren neben dem fortwährenden Druck zur Durchführung wirtschaftlicher Reformen im Wesentlichen um die Verbesserung der Lage der deutschen Minderheit.<sup>230</sup> Ein auffälliges und weder von deutscher noch polnischer Seite diplomatisch gewünschtes Ausrufungszeichen setzte diese Minderheit, als sie im November 1989 bei dem Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Tadeusz Mazowiecki in Kreisau/Krzyżowa in Niederschlesien anlässlich einer Versöhnungsmesse demonstrierte und den Besuch Helmut Kohls feierte.<sup>231</sup> Dieses Geschehen ließ für viele Polen ungute Erinnerungen wach werden, zumal die sich nun abzeichnende deutsche Einheit weiter mit Vorbehalten betrachtet wurde und die Bundesregierung einige Monate mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zögerte. Öffentlichkeit und Regierung hatten also durchaus Grund, nervös und mit eini-

<sup>227</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 144f.

<sup>228</sup> Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 433, 56, 434, 437-440, 455f., 460.

<sup>229</sup> Vgl. Olschowsky: Versöhnungsinitaliativen, 2009, S. 325. Vgl. auch: Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 135. Siehe ebenfalls: Browarek: Versuch einer Periodisierung der Politik des polnischen Staates gegenüber der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg, 2015, S. 210-220.

<sup>230</sup> Koszel: Die polnische Deutschlandpolitik in den Jahren 1970-1990, 2001, S. 92of. Vgl. Olschowsky: Relations between the Federal Republic of Germany and the Peoples' Republic of Poland, 2014, S. 243f.

<sup>231</sup> Franke; Kretschmann: Der Friedensgruß von Kreisau 1989, 2016, S. 145f. Siehe dazu auch das Gespräch mit dem Zelebranten der Messe, Bischof Nossol: »Es begann etwas Neues«. *Kulturpolitische Korrespondenz*. 12.11.2019. Vgl. auch: Kap. 6.1, S. 283.

gen Befürchtungen auf die kommenden Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zu blicken.<sup>232</sup> Die Versöhnungsmesse von Kreisau ist in Polen dennoch zum Symbol der deutsch-polnischen Verständigung geworden.<sup>233</sup>

Die Jahre 1989/90 erwiesen sich als richtungsweisend für die deutsch-polnischen Beziehungen und die Verhandlung über die gemeinsame Geschichte war einer ihrer zentralen Bestandteile. In einem ausgehandelten Kompromiss mit der Solidarność war die Volksrepublik unblutig, aber auch sang- und klanglos aus der Geschichte verschwunden. Die Polen konnten die verhasste kommunistische Diktatur abschütteln und sich Westeuropa zuwenden. Inwieweit haben aber 40 Jahre kommunistische Herrschaft die Erinnerung und Einstellungen der Menschen zum Thema der Vertreibungen geprägt? Wie sich zeigen wird, sind die in diesem Zeitraum entwickelten Narrative von einer hohen Beständigkeit. Dies gelang unter anderem dadurch, dass die polnischen Kommunisten ähnlich wie die in der Tschechoslowakei eine in vielen Punkten gemeinhin akzeptierte Narration schaffen konnten, die sich dann aber von den Kommunisten als Träger derselben schließlich lösen ließ.

Eine der langen Kontinuitäten über die Volksrepublik hinaus ist die von Teilen der Gesellschaft weiter verfolgte Vorstellung der Idee der ›Wiedergewonnenen Gebiete‹, die freilich ihre Wurzeln im nationalen und nationalistischen Diskurs des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hat.<sup>234</sup> Auch Peters sieht eine solche Linie der nationalen bis nationalistischen Herrschaftslegitimation, bei denen sich die Volksrepublik »großzügig aus dem ideologischen Arsenal der polnischen nationalen Tradition bis hin zum Nationalismus« bediente.<sup>235</sup> Marcin Zaremba stellt dem Erbe der Volksrepublik ein vernichtendes Urteil aus: »Durch ihre Propaganda und Minderheitenpolitik ließ die PZPR keine staatsbürgerliche, sondern eine ethnisch hermetische und fremdenfeindliche nationale Gemeinschaft entstehen, die sich nicht nur gegen die Außenwelt abgeschottet, sondern sie auch als feindlich betrachtet hat.«<sup>236</sup> Schließlich war der »Nationalismus kommunistischer Prägung [...] also ausgesprochen dümmlich und ungehobelt, xenophobisch, antideutsch und antisemitisch, dabei hochgradig traditionell, voraufklärerisch, schablonenhaft und grobschlächtig instrumentell. Es war kein Zufall, dass sich in der Niedergangsphase des Kommunismus inmitten dieser Bewegung nicht nur in Polen radical chauvinistische Gruppierungen bildeten. Es zeigte sich, dass es unter Umständen von der roten zur braunen Politik nur ein kleiner Schritt ist.«<sup>237</sup> Hans-Jürgen Bömelburg stellt fest, dass das innenpolitisch mit einer »erheblichen Mobilisierungskraft« versehene, nutzbare »deutsche Argument« das Ende der Volksrepublik überlebt habe – ähnliches gelte für Tschechien.<sup>238</sup> Dies ist insofern nicht verwunderlich, wurde doch in Erhebungen, die in den 1990er Jahren erfolgten, über den *impact* der volkspolnischen

<sup>232</sup> Vgl. Olschowsky: Relations between the Federal Republic of Germany and the Peoples' Republic of Poland, 2014, S. 261. Vgl. auch: Lemberg: Mitteleuropäisches Dreieck, 2002, S. 23.

<sup>233</sup> Hartwich: Kreisau, 2015, S. 491.

<sup>234</sup> Madajczyk: Die Rolle antideutscher Instrumentalisierungen in Polen, 1944-1989, 2007, S. 135.

<sup>235</sup> Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 43.

<sup>236</sup> Zaremba: Im nationalen Gewande, 2011, S. 407f.

<sup>237</sup> Ebd., S. 408.

<sup>238</sup> Bömelburg: Gestörte Kommunikation, 2005, S. 35.

Narrative bezüglich der ehemaligen deutschen Ostgebiete festgestellt, dass diese »in großen Teilen der Bevölkerung angenommen worden waren«, primär durch die Schulbildung.<sup>239</sup> Ein weiteres Beispiel für das populäre Fortleben volkspolnischer Narrative ist das Bild des Volksdeutschen: Auch im polnischen Fernsehen nach 1989 tauchte diese Figur durchgängig als stereotyper, grob-gezeichneter Verräter und Verbrecher auf.<sup>240</sup> Peters ist in Bezug auf die Frage der Übernahme der staatlichen Geschichtspolitik aufgrund mangelnder »verlässlicher sozialwissenschaftlicher Daten« aus der Volksrepublik vorsichtiger, sieht jedoch einigen Grund zu der Annahme, dass »der mit großem Aufwand und außergewöhnlicher Ausdauer propagierte Mythos von den ›Wiedergewonnenen Gebieten‹, die als ›uralte piastische Länder‹ den Kern des polnischen Nationalstaats ausgemacht hätten« offenkundig die Bevölkerung erreichte, was »nicht zuletzt die bis heute anhaltende Akzeptanz dieses historischen Deutungsmusters« belege.<sup>241</sup> Matthei konstatiert einen lang anhaltenden Schaden durch die nationalkommunistische Geschichtspolitik, die zur Folge gehabt habe, dass »moralische Fragen, die Beschäftigung mit der Schuldfrage und die Zweifelhaftigkeit einer völkisch motivierten historischen Kontinuitätstheorie in keiner Weise auf einer öffentlichen Ebene besprochen wurden. Das hierdurch entstandene Defizit in der Aufarbeitung der eigenen polnischen Geschichte ist groß und bis heute existiert eine Vielzahl weißer Flecken, die es zu füllen gilt, existiert eine Unmenge von stereotypen Geschichtsbildern, die es zu überwinden gilt.«<sup>242</sup>

Bogdan Koszel widerspricht einer Überbewertung der volkspolnischen Agitation und betont die tiefe Verletzung der jahrhundertelangen deutsch-polnischen Beziehungen durch den Zweiten Weltkrieg, in dem das nationalsozialistische Deutschland durch seine brutale Besatzungsherrschaft das Verhältnis der Polen zu Deutschland tiefgreifend beschädigt und welche zu einem ungeheuren Vertrauensverlust geführt habe. Dies sei durch die überraschende, nicht verständliche und extreme Eskalation der durch Deutschland ausgeübten Gewalt gegenüber seinem Nachbarn verstärkt worden. Daher »wäre [es] eine starke Vereinfachung zu behaupten, dass das negative Deutschland- und Deutschenbild in Polen hauptsächlich eine Konsequenz der kommunistischen Propaganda gewesen sei. Das tief verankerte Misstrauen der Polen gegenüber ihren westlichen Nachbarn war vor allem eine Folge der historischen Erfahrungen, der Verluste und des Unrechts, das der polnischen Gesellschaft in der Zeit des Krieges widerfahren war.«<sup>243</sup>

<sup>239</sup> Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 84.

<sup>240</sup> Król: Das Bild des ethnischen Deutschen im polnischen Film, 2006, S. 388f.

<sup>241</sup> Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 55f. Vgl. ebenso: Kraft: Der Platz der Vertreibung der Deutschen im historischen Gedächtnis Polens und der Tschechoslowakei/Tschechiens, 2005, S. 346.

<sup>242</sup> Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 93.

<sup>243</sup> Koszel: Die polnische Deutschlandpolitik in den Jahren 1970-1990, 2001, S. 922.

#### 4.4 Tschechoslowakei

In Kapitel 3 wurde der umfassende Konsens der tschechoslowakischen Gesellschaft und des Exils zur Entfernung der Deutschen aus der ČSR am Ende des Krieges diskutiert. Diese Grundstimmung versuchten alle Parteien in den Wahlkämpfen für sich zu nutzen, indem sie sich über die Forderung nach einem schnellen und harten Vorgehen profilierten. Die bürgerlich-kommunistische Regierung (ab 1946 unter Führung der KSČ) setzte die Zwangsaussiedlungen sowohl der Deutschen als auch der Ungarn aus der Slowakei gemeinsam durch. Von diesem Vorgehen profitierte schließlich am meisten die Kommunistische Partei, die sich nicht nur durch ihr rigoroses Vorgehen als entschiedener Vertreter der nationalen Sache positionierte, sondern die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete zur Verteilung von Ämtern und attraktiven Siedlungsstellen als Machtbasis für sich nutzte.<sup>244</sup> In den freien Wahlen von 1946, deren Ergebnisse die spätere kommunistische Machtübernahme begünstigten, schnitten die Kommunisten in den Sudetengebieten mit teilweise über 50 Prozent weit besser ab als im Landesdurchschnitt.<sup>245</sup>

Nach Matěj Spurný ist das unmittelbare Nachkriegsnarrativ über die Vertreibung der Deutschen zunächst von der Vorstellung einer historischen Gerechtigkeit geprägt, die sich unter anderem in der semantischen Parallelisierung der Ausweisung von Tschechoslowaken aus den Sudetengebieten 1938 zeige, die ebenso wie das Geschehen 1945 als *odsun* (Abschub) bezeichnet wurden. Die Sudetendeutschen hätten mit ihrem damaligen Verhalten nicht nur das generöse Angebot der positiv betrachteten Republik der Zwischenkriegszeit abgelehnt, sondern diese auch verraten.<sup>246</sup> Dieses Zusammendenken von München 1938, der Besatzungszeit und der als Konsequenz dieser Ereignisse betrachteten Zwangsaussiedlung der Deutschen ist schließlich bis heute für das tschechische Narrativ konstitutiv.<sup>247</sup> In der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie der späteren nationalkommunistischen Literatur war zudem die in dieser Dimension kaum auf tatsächlichen Begebenheiten beruhende Vorstellung reger kämpferischer Aktivitäten verbliebener Deutscher, auf die adäquat reagiert werden musste, eine verbreitete Erzählung.<sup>248</sup> In den Jahren 1945-1948, in denen der *odsun* fortlaufend stattfand, wurde das Thema in der semi-freien Tschechoslowakei durchaus offen und, abgesehen von einigen wenigen kritischen und beunruhigten Stimmen vor allem wegen der Art und Weise der »Aussiedlungen«, als sinnvoll und positiv diskutiert, ehe der Diskurs in den folgenden Jahren und Jahrzehnten jenseits kleiner oppositioneller Kreise »auf lange Zeit unterbrochen und unterdrückt« wurde.<sup>249</sup>

Die starken Wahlergebnisse der KSČ ebenso wie die gezielte Übernahme von Schlüsselpositionen in der Regierung ermöglichten 1948 den Februarumsturz, in des-

<sup>244</sup> Vgl. Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 251.

<sup>245</sup> Vgl. McDermott: Communist Czechoslovakia, 1945-89, 2015, S. 46f.

<sup>246</sup> Siehe: Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 356-358.

<sup>247</sup> Vgl. Nižňanský: Das Münchner Abkommen in der kommunistischen Nachkriegspropaganda, 2010, S. 261.

<sup>248</sup> Staněk: Verfolgung 1945, 2002, S. 19. Tůma: Die Aussiedlung, 2015, 273f.

<sup>249</sup> Staněk: Vertreibung und Aussiedlung, 2001, S. 207. Galmiche: »Dùm po Nemcich« – »von den Deutschen übernommenes Haus«, 2005, S. 954. Vgl. Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 273.

sen Folge die ČSR als kommunistischer Staat fest in das sowjetische Bündnissystem integriert wurde. Mit der vollständigen Machtübernahme passten die Kommunisten das bisherige staatliche und in der Gesellschaft etablierte Narrativ der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an ihre Vorstellungen an. Zunächst wurden die Republik der Zwischenkriegszeit sowie ihre bürgerlichen Akteure wesentlich schlechter bewertet und ihr Versagen bei der Verteidigung des Staates ebenso wie der Verrat durch die bürgerlichen Regierungen Frankreichs und Großbritanniens betont.<sup>250</sup> Das Anknüpfen an einen verbreiteten *common sense* der Gesellschaft erleichterte die Manipulation, dass lediglich das Bündnis mit der Sowjetunion und der Aufbau des Sozialismus die neue Friedensordnung garantieren könnten.<sup>251</sup> Gleichzeitig bemühten sich die staatlichen Stellen nach der Gründung der DDR um eine Abschwächung antideutscher Rhetorik. Die Notwendigkeit der Vertreibung wurde nicht in Frage gestellt, aber der Fokus nun verstärkt auf die dadurch mögliche soziale Revolution gelegt.<sup>252</sup>

Ähnlich wie zur gleichen Zeit in Polen blieb unter der marxistischen »metahistory« der traditionelle, nationalistische tschechische Diskurs lebendig, wobei die Vorstellung eines tausendjährigen tschechischen »Abwehrkampfes« gegen deutsche Angriffe verfolgt wurde.<sup>253</sup> Dieser scheinbare Widerspruch von nationalistischer Argumentation und universalistischem Marxismus konnte vermeintlich aufgelöst werden: Die deutschen Siedler des Mittelalters erschienen in diesen Darstellungen als feudale Ausbeuter des tschechischen Volkes, die Zeit des größten kulturellen deutschen Einflusses im 17. und 18. Jahrhundert als Phase des »heaviest decline« und die deutschen Sozialdemokraten wurden für die Aufspaltung der internationalen Arbeiterbewegung verantwortlich gemacht.<sup>254</sup> Die Vertreibung der Deutschen wurde zudem als Korrektur der Folgen der Schlacht am Weißen Berg (1620) dargestellt, welche die tschechische Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts als zentrales Ereignis für die beginnende »deutsche Fremdherrschaft« betrachtete. Ebenso wurde der vorherige »Fehler« der Přemysliden-Dynastie des Mittelalters ausgeglichen, unter der die »deutsche« Einwanderung nach Böhmen begann.<sup>255</sup> Dieses Narrativ spiegelt sich in der Ansicht der Sudetendeutschen Landsmannschaft wider, dass diese Entscheidung der Přemysliden die Tschechen aus ihren »asiatischen Ursprüngen« nach Europa geführt habe, was Beneš fatalerweise wieder umgekehrt habe.<sup>256</sup> Erst später konnten im nationalkommunistischen Narrativ die mit »progressiven deutschen Kräften« verbundenen Ereignisse gefeiert werden, wie die

250 Vgl. Fend: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der »Wende«, 2016, S. 74.

251 Vgl. ebd.

252 Siehe: Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 356-358. Siehe auch: Nižňanský: Das Münchner Abkommen in der kommunistischen Nachkriegspropaganda, 2010, S. 262-265.

253 Řepa: The Czechs, Germans and Sudetenland, 2011, S. 316. Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 392f.

254 Řepa: The Czechs, Germans and Sudetenland, 2011, S. 317.

255 Hrabovec: Politisches Dogma kontra wirtschaftliches Kalkül, 2001, S. 171. Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 393. Vgl. Wiedemann: »Komm mit uns das Grenzland aufbauen!«, 2007, S. 421.

256 Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 393.

marxistisch interpretierte gemeinsame ›hussitische Revolution‹ oder die ›böhmische Revolte‹ 1618–1620.<sup>257</sup>

In den staatlichen Erzählungen wurde die massive Gewalt während des *odsun* weitgehend ausgeblendet und mit Bezeichnungen wie »Übergriffe« oder »Ungebührlichkeiten« verharmlost und wenigen ›kriminellen Elementen‹ zugeschoben.<sup>258</sup> Unterstrichen wurde hingegen die Notwendigkeit des Geschehens, da es sich um »eine gerechte, historisch notwendige Lösung, um einen wichtigen Bestandteil des Wegs zum ›Sozialismus‹, um die Absicherung der nationalen und staatlichen Erfordernisse« gehandelt habe.<sup>259</sup> Zentral blieb für diese Argumentation die Zuweisung einer Kollektivschuld an die Sudetendeutschen.<sup>260</sup> Die schematische kommunistische Meistererzählung, in der die Deutschen die ausschließlich Bösen waren, unterstützte das gesellschaftliche Bedürfnis nach Entlastung, auch wenn es persönlichen Erfahrungen zuwiderlief.<sup>261</sup> Von der anfänglichen Propagierung der Entfernung der Deutschen als ein zu begrüßendes Ereignis wurde diese im Laufe der 1950er und 1960er Jahre staatlicherseits abgeschwächt und zur ›unfortunate historical necessity‹.<sup>262</sup>

Die unmittelbare Gefahr eines deutschen Anspruchs auf die Sudetengebiete war in der ČSR, auch angesichts von der Bundesrepublik nie offiziell erhobener territorieller Ansprüche, weniger stark vermittelbar als in Polen mit seinen international nicht abgesicherten Grenzen. Auch die Vorstellung eines Rückkehrrechtes der Sudetendeutschen im Zuge eines Friedensvertrages erschien weniger realistisch als eine deutsch-sowjetische Einigung auf Kosten Polens. Nichtsdestoweniger konnte bis 1989 die Angst vor den Deutschen als ein Instrument der kommunistischen Herrschaftssicherung genutzt werden, zumal die Sudetendeutsche Landsmannschaft genügend propagandistisch verwertbares Material für die entsprechende Agitation lieferte.<sup>263</sup> Stärker als die unmittelbare territoriale Bedrohung konnte der doppelte Verrat von 1938 und ein bis 1968 traditionell positives Verhältnis der Tschechen zu Russland von den Kommunisten genutzt werden – ganz im Gegensatz zur VRP, die stets mit einer tiefen Ablehnung der Bevölkerung gegenüber den Russen operieren musste.

Das Thema der deutschen Vergangenheit vieler Orte in der Tschechoslowakei blieb Thema im kommunistischen Pionierroman ebenso wie in kritischen literarischen Texten, in denen moralisch komplexe Fragen zum Teil in bemerkenswerter Offenheit diskutiert werden konnten.<sup>264</sup> Der politischen Entstalinisierung und dem Reformweg der tschechoslowakischen kommunistischen Partei folgte 1968 der Prager Frühling sowie dessen Niederschlagung durch die Kräfte des Warschauer Paktes. Die Beteiligung der bereits in Bereitstellung gegangenen Truppen der Nationalen Volksarmee der DDR wurde kurz vor dem Einmarsch gestoppt, da sich die sowjetische Führung wohl auf

<sup>257</sup> Řepa: The Czechs, Germans and Sudetenland, 2011, S. 318.

<sup>258</sup> Staněk: Verfolgung 1945, 2002, S. 19. Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 357.

<sup>259</sup> Staněk: Verfolgung 1945, 2002, S. 19.

<sup>260</sup> Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 238.

<sup>261</sup> Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 361f.

<sup>262</sup> Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 238.

<sup>263</sup> Vgl. Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 267.

<sup>264</sup> Vgl. Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 398–400.

Anraten auch der reformfeindlichen Kommunisten der Tschechoslowakei gegen eine historische Assoziationen weckende Beteiligung deutscher Kräfte entschied, zumal die Erinnerung an die deutsche Besetzungszeit noch eine erhebliche Präsenz besaß.<sup>265</sup>

In der Phase starker Offenheit und publizistischer Freiheit »blieb die Frage der Vertreibung ein Randthema.«<sup>266</sup> Dennoch sieht Ferdinand Seibt 1968 durchaus als einen Wendepunkt, denn im Mai dieses Jahres publizierten drei tschechoslowakische Intellektuelle der Nachkriegsgeneration in der populärhistorischen Zeitschrift *Host do domu* ein Gespräch, in dem sie den *odsun* als historisch-moralisches Problem diskutierten.<sup>267</sup> In dieser Zeit tauchte auch erstmals nach Kriegsende sowie einer temporären Phase der Offenheit in den 1950er Jahren<sup>268</sup> die Frage einer deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei wieder öffentlicher auf. Vertreter der Minderheit forderten deutschsprachige Publikationen und deutschsprachigen Unterricht. Weitreichende Reformen unterblieben schließlich, allerdings wurde mit der Verfassungsreform vom Oktober 1968 erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine deutsche Minderheit anerkannt und den anderen Minderheiten gleichgestellt.<sup>269</sup> Diese Bevölkerungsgruppe umfasste 1960 nach Angaben der Sudetendeutschen Landsmannschaft 200.000 Personen, nach denen der ČSR 140.000 Personen. Deren Zahl sank bis nach der Wende durch fortgesetzte Auswanderung und Assimilation auf 40.000.<sup>270</sup>

Während der 1968 folgenden, als *normalizace* bezeichneten Ära des gesellschaftlichen und ökonomischen Stillstandes verbesserte sich im Zuge der neuen Ostpolitik und der globalen Entspannungspolitik das Verhältnis zur Bundesrepublik und verlor das Feindbild des Deutschen stark an Relevanz.<sup>271</sup> Die Verhandlungen über die Neuordnung der bilateralen Beziehungen bewegten sich entscheidend um die rechtliche Bewertung des Münchener Abkommens, das von der ČSSR als von Beginn an ungültig, von der Bundesrepublik jedoch als erst später erloschen bewertet wurde. Hierfür wurde eine Kompromissformel gefunden und die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen festgelegt.<sup>272</sup> Bei der schließlich erfolgreichen Unterzeichnung des Prager Vertrages 1973 versuchte Willy Brandt das deutsche und tschechoslowakische Narrativ zu verbinden, indem er sowohl an die auch durch diesen Vertrag nicht legitimierten Vertreibungen am Ende des Krieges ebenso wie an deren Vorgeschichte erinnerte, als die Tschechen und Slowaken Opfer der deutschen Aggression geworden waren.<sup>273</sup>

Die fortgesetzte Entspannungspolitik in den 1980ern konnte jedoch nicht die später wieder die Beziehungen belastenden Kernprobleme ausräumen, wie die Ansprüche der Vertriebenenverbände aus Deutschland und Österreich an die Tschechoslowa-

<sup>265</sup> Vgl. Gschwend: NVA-Truppen machen halt an der tschechoslowakischen Grenze. *Radio Praha*. 22.08.2008.

<sup>266</sup> Schmidt-Hartmann: Menschen oder Nationen? 1988, S. 149. Vgl. Tüma: Die Aussiedlung, 2015, S. 274.

<sup>267</sup> Hübl; Procházka et al.: Trialog o roce 1945, 1968. Vgl. Seibt: Eine neue Nachbarschaft? (1993), 2002, S. 114.

<sup>268</sup> Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 397f.

<sup>269</sup> Pauer: 1968: Der »Prager Frühling« und die Deutschen, 2007, S. 278.

<sup>270</sup> Zwicker: Zur Darstellung der Sudetendeutschen, 2006, S. 396f.

<sup>271</sup> Fend: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der »Wende«, 2016, S. 74.

<sup>272</sup> Vgl. Bráč: Die Bedeutung des Prager Vertrags von 1973 für die deutsche Ostpolitik, 1998, S. 189-191.

<sup>273</sup> Niedhart: Die Ostpolitik der Bundesrepublik, 2010, S. 106.

kei, die rechtliche Qualifikation und Negation der ›Beneš-Dekrete‹ und des Münchner Abkommens sowie tschechoslowakische Reparationsforderungen an die Bundesrepublik.<sup>274</sup> Eine Grundlage für die Verständigung ergab sich jedoch durch den zunehmenden Reiseverkehr zwischen den Ländern, der eingefrorenen Ängsten und Vorurteilen oft effektiv entgegenwirkte.<sup>275</sup> In der staatlichen Propaganda, Publizistik und Schulbildung verlor im Zuge des Generationenwechsels und gefördert durch eine staatliche Tabuisierung das Thema des deutschen Anteils an der böhmischen Geschichte massiv an Bedeutung.<sup>276</sup> Spurný spricht von einem »state-led push for forgetfulness«, welcher in den 1970ern und 1980ern seinen Zenit erreichte.<sup>277</sup> Das Thema blieb dennoch in den Grenzgebieten sowie in den Publikationen des Untergrundes und den Debatten des Exils präsent.<sup>278</sup> Erst in den späten 1980ern zeigte sich eine gewisse Öffnung in der offiziellen Geschichtswissenschaft.<sup>279</sup>

Dienten historische Narrative zunächst primär dem Regime als Legitimation, so zeigte sich in den 1970er Jahren, dass auch die Dissidenten diese als scharfe Waffe einsetzen konnten.<sup>280</sup> Eines der im *Samizdat* diskutierten Themen war die in mehreren Abhandlungen erörterte Frage der Vertreibungen, deren zentrale Bedeutung für den Aufbau des Kommunismus implizierte, dass jede Kritik an diesen das Regime direkt angriff.<sup>281</sup> Das galt auch oder gerade, wenn in der Diskussion moralische und selbstkritische Fragen im Vordergrund standen, in der Gewalt und Anarchie verurteilt wurden, auch wenn die grundsätzliche Entscheidung zum *odsun* im Rahmen des internationalen Konsenses und als logische und gerechtfertigte Konsequenz des Zweiten Weltkrieges zumeist verteidigt wurde.<sup>282</sup> Auch kritischere Stimmen lehnten das Aufkommen der Frage nach Restitution und Entschädigung der Sudetendeutschen ab; stattdessen standen die negativen Folgewirkungen des Geschehens für die tschechoslowakische Gesellschaft und die Begünstigung der kommunistischen Machtübernahme im Mittelpunkt.<sup>283</sup> Eine These lautete, dass die Vertreibungen nach München 1938 und der Besatzungszeit das Rechtsempfinden der Tschechen endgültig und langfristig beschädigt hätten.<sup>284</sup> Der tschechische Philosoph Erazim Kohák sah die Gründe für diese Problematik im Konzept des Nationalstaates, der ein ehemals fruchtbare multinationales Zusammenleben zerstört habe – in seiner Extremform durch den Nationalsozialismus und die Ermordung der europäischen Juden und schließlich durch die Vertreibung der Deutschen, die in der böhmischen Geschichte stets eine Brücke nach Westeuropa gewesen seien.<sup>285</sup> Johann Wolfgang Brügel, ein tschechoslowakischer Jurist und Publizist, unterstrich die

<sup>274</sup> Kunštát; Vilímek: Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, 2013, S. 149f.

<sup>275</sup> Seibt: Eine neue Nachbarschaft? (1993), 2002, S. 111.

<sup>276</sup> Lemberg; Křen et al.: Einleitung der Herausgeber, 1998, S. 22.

<sup>277</sup> Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 358.

<sup>278</sup> Ebd., S. 358f.

<sup>279</sup> Pešek: Zwangsmigrationen von Tschechen und Deutschen, 2007, S. 194.

<sup>280</sup> Seibt: Die Stunde Klios (1996), 2002, S. 317.

<sup>281</sup> Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 254.

<sup>282</sup> Řepa: The Czechs, Germans and Sudetenland, 2011, S. 323.

<sup>283</sup> Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 235.

<sup>284</sup> Ebd., S. 241.

<sup>285</sup> Ebd., S. 241, 247.

Brücke von der Vertreibung zur kommunistischen Diktatur: »From the denial of basic civil rights to almost one-quarter of the population to the confiscation of all the rights of the entire population is a comparatively small step.«<sup>286</sup>

Unter dem Pseudonym »Danubius« löste der slowakische Historiker Ján Mlynárik mit seiner 1978 unter anderem in der tschechischen Exilzeitschrift *Svědectví* in Paris erschienenen Streitschrift über die Vertreibungen und deren Folgen eine umfassende Diskussion aus.<sup>287</sup> In dieser Zeitschrift diskutierten weitere tschechische und deutsche Beiträge das Thema, wobei es vor allem um den Beginn einer Debatte ging, die sich im Exil und unter den Dissidenten mit unterschiedlicher Intensität bis in die 1990er Jahre fortsetzte.<sup>288</sup> In seiner Schrift verurteilt Mlynárik nicht nur die Gewalt während des *od-sun*, sondern die Aussiedlung der Deutschen insgesamt. Er bewertet die Vertreibung der Sudetendeutschen als ungerechte Kollektivverurteilung, als Verrat der tschechischen Werte und er sieht darin eine Übernahme nationalsozialistischer Methodik ebenso wie er die Vertreibungen als eine entscheidende Grundlage der kommunistischen Machtübernahme und der Entfernung Böhmens aus seiner klassischen Mittlerposition in Europa nach Osten betrachtet. Als einer der ersten tschechoslowakischen Autoren diskutiert Mlynárik auch explizit die Internierung der Sudetendeutschen in den Lagern und die dortigen katastrophalen Bedingungen. Die Diskussion der Vertreibung deckt schließlich das kommunistische Gewaltregime auf, welches sich von dort aus gegen die gesamte Bevölkerung richtete. Damit sei die Debatte ein Schritt zur Überwindung des Totalitarismus, für die es aber eine weit über den Samizdat hinausgehende öffentliche Diskussion brauche.<sup>289</sup> Mlynárik schließt seinen auf Slowakisch erschienenen Beitrag mit der Aufforderung, sich der eigenen Schuld zu stellen:

»Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ist nicht nur eine deutsche Tragödie, sondern auch unsere Tragödie. Mit ihr und ihren Folgen müssen wir uns primär und für uns selbst beschäftigen. Was deutsch ist – im Schlechten und Guten – überlassen wir den Deutschen. Wir müssen uns mit voller Verantwortung unserer Schuld widmen, wenn wir nicht auf weitere wiederkehrende Akte dieser Tragödie warten wollen.«<sup>290</sup>

Die Kritiker seiner Thesen verwiesen darauf, dass er den Kontext des historischen Geschehens missachte oder unterschätze. Diesem Einwand wurde wiederum mit dem Argument begegnet, dass die Vertreibungen wohl in ihrem Kontext zu verstehen seien, dieser diese aber dennoch nicht rechtfertige. Andere Autoren des *Samizdat* waren der Meinung, dass die einseitige Argumentation Mlynáriks die westdeutsche Position zum

286 Zitiert nach: Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 248.

287 Danubius: Tézy o vysídlení československých Nemcov, 1978.

288 Seibt: Eine neue Nachbarschaft? (1993), 2002, S. 117f.

289 Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 239, 251, 248, 254. Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 268f. Danubius: Tézy o vysídlení československých Nemcov, 1978, S. 105-122.

290 »Vysídlenie čs. Nemcov nie je iba nemecká tragédia, ale je to aj tragédia naša. S ňou a jej následkami sa musíme vyporiadať predovšetkým sami v sebe a pre seba. Čo je nemecké – v zlom i dobrom – nechávame Nemcom. Našu vinu musíme s plnou zodpovednosťou riešiť my, ak sa nechceme dôčkať ďalších opakujúcich sa dejstiev tejto tragédie.« Danubius: Tézy o vysídlení československých Nemcov, 1978, S. 122.

Geschehen unterstütze und die Rechtfertigung für Revisionsforderungen liefern könne. Eine tatsächliche ›Wiedergutmachung‹, das heißt eine Rückkehr der Sudetendeutschen und die damit zwangsläufig verbundene Aussiedlung neuangesiedelter Tschechen der Grenzregionen sei zudem nicht nur unrealistisch, sondern eine katastrophale und gefährliche Vorstellung. Der (sudeten-)deutsche Historiker Rudolf Hilf beteiligte sich an der Diskussion und verwies auf eine mögliche demokratische Alternative, die in der individuellen juristischen Verfolgung sudetendeutscher Schuldiger hätte bestehen können. Ein solches Vorgehen hätte die Deutschen Böhmens zu loyalen Bürgern der ČSR gemacht.<sup>291</sup>

Interessant ist die internationale Rezeption der *Danubius-Schrift*: Der Radiosender *Voice of America* verbreitete Teile des Essays, ebenso erschien in der *Frankfurter Rundschau* eine Reportage zur Diskussion. Nach der erzwungenen Emigration Mlynáriks in die Bundesrepublik 1982 setzte er seine publizistischen Aktivitäten fort.<sup>292</sup> 1985 erschien dort eine Zusammenstellung des bisherigen Diskurses über die Vertreibung der Deutschen unter den tschechoslowakischen Dissidenten und des Exils unter dem Titel »Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben«.<sup>293</sup> Der Titel ist ein Zitat aus dem 1977 in der Schweiz erschienenen Roman *Langeweile in Böhmen* des tschechischen Dissidenten Alexander Kliment, der in diesem formulierte:

»Ich glaube nach wie vor, daß dies nicht rechtens und nicht notwendig war. Der Kampf hatte doch einem Regime gegolten und nicht einem Volk. Aber das hatten wir nicht begreifen wollen und die Deutschen austreiben und ausweisen lassen. Uns selbst haben wir dadurch aus Europa vertrieben.«<sup>294</sup>

Die Veröffentlichung des Sammelbandes zeigt das Interesse an dieser Diskussion in Deutschland und Österreich und mit einer Rezension des Buches in einer polnischen Zeitschrift 1988 schließt sich dies zu einem Trialog oder Quartett.<sup>295</sup> In der polnischen Rezension wird kritisiert, dass dieser Band eine verzerrte Darstellung der Diskussion und der tschechoslowakischen Einschätzung der Vertreibungen sei, denn es würden zwar viele Schriftsteller und Intellektuelle zitiert, aber kaum Wissenschaftler, was zudem zu einer mangelhaften Berücksichtigung der realpolitischen Situation der ČSR nach Kriegsende führe. Tatsächlich wird in der Einleitung der Zusammenstellung sehr optimistisch geäußert: Die Verteidiger des bisherigen Narrativs seien in der Minderheit, hingegen sei die »Mehrheit, und hier ist es vornehmlich die junge Generation, die mit der Vertreibung nichts zu tun hatte, [...] offensichtlich willens, die dunkle Vergangenheit zu überwinden. Das soll diese Dokumentation nachweisen.«<sup>296</sup> Weder sah der Autor, dass diese selbtkritische Diskussion keine einseitige Annäherung an die (sudeten-)deutsche Argumentation bedeutete, noch erkannte er, dass es sich vor allem um einen relativ abgeschlossenen Elitendiskurs handelte, dessen Verbreitung und

<sup>291</sup> Abrams: Morality, Wisdom and Revision, 1995, S. 240, 251f., 242.

<sup>292</sup> Glassheim: Cleansing the Czechoslovak Borderlands, 2016, S. 169.

<sup>293</sup> Grünwald (Hg.): Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben, 1985.

<sup>294</sup> Ebd., S. 38.

<sup>295</sup> Tomaszewski: Rezension zu: »Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben.« 1988.

<sup>296</sup> Grünwald (Hg.): Wir haben uns selbst aus Europa vertrieben, 1985, S. 14, 84f.

Einfluss auf die tschechische Gesellschaft und das vorherrschende Geschichtsnarrativ schließlich gering blieb.<sup>297</sup>

Mit der Samtenen Revolution im November 1989 erfolgte die politische Wende in der ČSSR. Im Dezember wurde eine Regierung aus Oppositionsangehörigen und Reformkommunisten gebildet und Ende des Jahres Václav Havel zum Staatspräsidenten gewählt. Dieser bedauerte und verurteilte im Winter 1989 die Vertreibung, unter anderem in einem Brief an Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der die entsprechenden Zeilen in seiner Weihnachtsansprache am 24.12.1989 zitierte.<sup>298</sup> Havels Worte konnten als Angebot an die Sudetendeutschen wahrgenommen werden, das tschechoslowakisches/tschechisch-sudetendeutsche Verhältnis neu zu bestimmen.<sup>299</sup> Das von Havel verfolgte Denkmuster hatte seine Wurzeln im oben skizzierten oppositionellen Diskurs, dessen geringe Verbreitung nun zu einem großen Unverständnis und einer Ablehnung dieser Geste durch die tschechische Bevölkerung führte, die die Verantwortung unter anderem mit Verweis auf die Beschlüsse der alliierten Siegermächte ablehnte.<sup>300</sup> Der Einfluss des nationalistischen Narratifs der Kommunisten in über vierzig Jahren staatlicher Propaganda führte, verbunden mit der Unsicherheit jener Zeit, zu einer schockartigen Wirkung.<sup>301</sup> Oldřich Tůma erklärt die bis heute nicht ganz klare Geste Havels mit einer vermutlichen »Nachwendeeuphorie« und dem Hoffen auf eine rasche Verbesserung der politischen Lage sowie der Erwartung einer »reziproken« Antwort von deutscher, gerade von sudetendeutscher Seite.<sup>302</sup>

Sollte Havel auf eine solche Geste gehofft haben, so wurde er von der Sudetendeutschen Landsmannschaft enttäuscht, die seine Äußerung vielmehr als Rechtfertigung ihrer eigenen Position und als Chance verstand, ihre alten rechtlichen und vermögensrechtlichen Fragen aufs Tableau zu bringen.<sup>303</sup> In grober Verkennung des innertschechischen Diskurses und Geschichtsverständnisses sah sie die neuen Vertreter der ČSSR in einer mehrfachen Bringschuld.<sup>304</sup> Der deutsche Historiker Ferdinand Seibt geht mit ihr besonders hart ins Gericht, und sieht diese durch ihre undiplomatische Reaktion in ihrem Selbstverständnis als Vertreter der sudetendeutschen Volksgruppe und als Gesprächspartner der tschechoslowakischen Regierung disqualifiziert.<sup>305</sup> Auch die bundesdeutsche Politik verzichtete auf eine entsprechende Reaktion und die freundlichen Worte des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers bei seinem Besuch in Prag im März 1990 gingen in den folgenden Auseinandersetzungen unter.<sup>306</sup>

In der tschechoslowakischen Öffentlichkeit wurden erneut von Sudetendeutschen erhobene Eigentumsforderungen aufgeregelt und als unverständlich diskutiert, sodass

297 Vgl. Sniegoň: Between Old Animosity and New Mourning, 2016, S. 54.

298 Kunštát; Schmoller: Umbruch, Transformation und europäische Integration, 2019, S. 312f.

299 Vgl. Seibt: Eine neue Nachbarschaft? (1993), 2002, S. 118f.

300 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 397.

301 Tůma: Die Aussiedlung, 2015, S. 269.

302 Ebd., S. 269f.

303 Ebd. Vgl. Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 396.

304 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 396.

305 Seibt: Eine neue Nachbarschaft? (1993), 2002, S. 118f.

306 Houžvička: Czechs and Germans 1848-2004, 2015, S. 396.

auch die ČSSR an einer schnellen vertraglichen Regelung interessiert war.<sup>307</sup> Die Diskussionen zwischen Deutschland und Polen sowie »die konfusen Äußerungen einiger deutscher Politiker, namentlich Helmut Kohls, zur Oder-Neiße-Grenze« wurden in der ČSSR aufmerksam verfolgt.<sup>308</sup> Es war ein langwieriges Diskussionsthema, ob die ČSSR, ähnlich wie Polen, auf eine Beteiligung an den Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag drängen sollte, was schließlich nicht erzwungen wurde. Gegen eine Beteiligung sprach, dass im Gegensatz zu Polen die ČSSR bereits über international anerkannte Grenzen verfügte und auch eine Unterstützung der fraglos folgenden Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland nicht nötig sein würde.<sup>309</sup> In Tschechien war zudem die Angst vor Deutschland bereits deutlich gesunken, ohne dass man deshalb die ökonomische und machtpolitische Bedeutung eines wiedervereinigten Deutschlands für die künftige Gestaltung Europas unterschätzte.<sup>310</sup>

Als Erbe der kommunistischen Zeit können die jahrzehntelange Kultivierung des anfangs kommunistisch verbrämten nationalen Narrativs des Münchentraumas sowie das verfestigte Bild des sudetendeutschen Verrates gelten; diese Bilder prägen besonders im ehemaligen Sudetenland die Denkweisen bis heute.<sup>311</sup> Muriel Blaive betont, dass trotz mancherlei Negation der Kommunismus und die Vertreibung der Sudetendeutschen ein integraler Bestandteil der tschechischen Geschichte seien und letztlich das Scheitern des nationalen Selbstbildes als besonders demokratische Nation zeigen.<sup>312</sup> Mit diesem Hintergrund stießen die meisten Tschechoslowaken auf das ähnlich stark konservierte Geschichtsbild der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus den 1950er Jahren.<sup>313</sup> Die 1990er Jahre waren daher in den zwischenstaatlichen Beziehungen von den geschichtspolitisch ungelösten Fragen der 1950er Jahre geprägt.<sup>314</sup> Der Diskurs der Dissidenten, auch wenn diese nun an der Spitze des Staates standen, konnte hier keine der notwendigen Brücken schlagen, auch wenn dieser kulturell die Grundlage für eine intensive wissenschaftliche und künstlerische Neubewertung der Geschichte legte.<sup>315</sup>

## 4.5 Vergleich und Zusammenfassung

Die Bundesrepublik und die DDR pflegten unter unterschiedlichen Vorzeichen den Mythos der erfolgreichen Integration der Vertriebenen.<sup>316</sup> In der DDR verschwand der Um-

<sup>307</sup> Kunštát: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik, 2010, S. 205.

<sup>308</sup> Ebd., S. 204.

<sup>309</sup> Vgl. ebd., S. 207-210.

<sup>310</sup> Vgl. Kunštát: Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik, 2010, S. 217.

<sup>311</sup> Blaive: National Narratives of Czech Identity, 2016, S. 163.

<sup>312</sup> Ebd., S. 163, 186.

<sup>313</sup> Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 364.

<sup>314</sup> Vgl. Kučera: »Der Hai wird nie wieder so stark sein«, 2001, S. 148.

<sup>315</sup> Bock: Das »sudetendeutsche Thema« in der tschechischen Literatur, 2003.

<sup>316</sup> Vgl. Schwartz: Assimilation versus Incorporation, 2016, S. 84. Vgl. auch: Hahn; Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern, 2010, S. 576-578, 582f.

siedlermythos aus politischen Gründen bald wieder aus der Öffentlichkeit, auch wenn Flucht und Vertreibung als Thema auf unterschiedliche Weise medial präsent blieben. In der Bundesrepublik war das Gegenteil der Fall: Am Anfang stand das Elend der Vertriebenen im Mittelpunkt ebenso wie der provisorische Charakter ihres Aufenthaltes, ehe sich die Vorstellung von einer reibungslosen Integration in das Wirtschaftswunderland Deutschland entwickelte. Tatsächlich waren die Vertriebenen in beiden Staaten mit einer langfristigen sozialen Deklassierung und einem Desinteresse an ihren persönlichen Leidensgeschichten konfrontiert und von einer anfänglich starken Diskriminierung betroffen. Das *Ankommen* der Vertriebenen war schließlich weniger durch staatliche Integrationsmaßnahmen als durch sozioökonomische und generationelle Entwicklungen bedingt.<sup>317</sup> Im Gegensatz zur DDR blieben Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik mit sehr unterschiedlichen Konjunkturen ein »ewiges« Thema. Die eruptiven politischen und erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik, die maßgeblich die Bewertung der Zwangsmigration veränderten, fanden in der DDR kein Äquivalent. Die Vertriebenenverbände und ihre Anliegen verloren in diesem Zeitraum ihre zentrale Position in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik. In den zwischenstaatlichen Beziehungen sah sich die DDR als progressive Kraft, die umgehend nach ihrer Gründung die Freundschaft zu den sozialistischen Bruderländern Polen und der Tschechoslowakei verkündete: eine verordnete Freundschaft, die trotz mancherlei Initiativen oberflächlich blieb. Ähnlich wie in der Bundesrepublik, die ihre Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei – nicht ohne heftige innenpolitische Auseinandersetzungen – erst in den 1960ern und 1970ern verbesserte, war auch in der DDR der zunehmende Kontakt seiner Bürger mit den östlichen Nachbarn von großer Bedeutung für das Verhältnis der Gesellschaften.

In Polen und der ČSR wurden die Vertreibungen als Ergebnis alliierter Entscheidungen, der deutschen Verbrechen, des Verrates der Volks- und Sudetendeutschen an ihren Ländern sowie als Teil einer langfristigen europäischen Friedensordnung gerechtfertigt. Die kommunistischen Parteien verbanden zudem argumentativ und politisch die sozialistische Revolution und gesellschaftliche Neuordnung mit den Vertreibungen. Mit der Konstruktion einer jahrhundertelangen deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen oder »germanisch-slawischen« Konfliktgeschichte wurde an ältere nationale und nationalistische Konzepte angeknüpft, die um eine marxistische Deutung ergänzt wurden, indem diese vermeintliche ethnische Dauerkonfliktgeschichte mit einer Klassen-dimension versetzt wurde. In dieser beuteten die deutschen Oberschichten, häufig in Kooperation mit den korrupten eigenen Eliten, die osteuropäischen Länder aus.<sup>318</sup> Die nationalkommunistischen Narrative blieben bis 1989 weitgehend stabil, auch wenn die pseudomarxistische Rhetorik zunehmend an Bedeutung verlor.

Die Vertreibung der Deutschen traf in Polen wie in der ČSR auf die breite Zustimmung der Bevölkerung, die diese in Anbetracht der deutschen Besatzungszeit für ei-

317 Schwartz: Assimilation versus Incorporation, 2016, S. 77f.

318 Solche historischen Analogien und die Nutzung älterer Feindbilder waren in dem sich neu konstituierenden Nachkriegseuropa gleichwohl »weder eine Erfindung noch eine Besonderheit der Kommunisten, sondern Teil des kurzen antifaschistischen Nachkriegskonsenses.« Fend: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der »Wende«, 2016, S. 66.

ne angemessene und notwendige Reaktion erachtete. Auch die Verteilung von ehemals deutschem Eigentum sowie die Nutzung der Vertreibungen als Element einer damals in den meisten Teilen Europas angestrebten sozioökonomischen Egalisierungspolitik trugen zur Unterstützung bei.<sup>319</sup> Die Vorstellung eines sinnvollen und gerechten Vorgehens wurde durch die staatliche Propaganda untermauert, die die Vertreibungen als zivil und human durchgeführte Aussiedlungen darstellte.<sup>320</sup>

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Polen und der ČSR war die in der Tschechoslowakei existierende breite Unterstützung der Kommunisten durch die Bevölkerung, ebenso wie ein traditionell gutes Verhältnis zu Russland und nun zur Sowjetunion, das erst 1968 schwer beschädigt wurde. Die Polen fanden sich hingegen an der Seite ihres ehemaligen Kriegsgegners wieder, der einen Teil der polnischen Eliten ermordet und ihnen ein Drittel des Landes entrissen hatte.<sup>321</sup> Die Entscheidungen für die Vertreibungen wurden in der ČSR sowohl vom demokratischen Exil als auch von der späteren bürgerlich-kommunistischen Regierung getragen, wohingegen Polen von Beginn an unter sowjetischem Diktat stand.<sup>322</sup>

In beiden Ländern war Geschichte nicht nur ein wichtiges Herrschaftsinstrument der kommunistischen Machthaber, auch die Opposition führte intern intensive Diskussionen um historisch-moralische Fragen und bekämpfte die Lügen und Auslassungen der staatlichen Geschichtspolitik und damit das Legitimationsfundament der Regime. Innerhalb der oppositionellen Debatten ging es mit den bekannten Ausnahmen aber zumeist weniger um eine grundsätzliche, selbstkritische Revision der nationalen Geschichtsschreibung, sondern um die Darstellung der *wahren* Nationalgeschichte. Kritische und provokative Schriften wie die von Ján Mlynárik oder im weiteren Sinne der polnische Bischofsbrief von 1965 zur Zwangsmigration der Deutschen wurden nicht nur staatlicherseits bekämpft, sondern auch von großen Teilen der Gesellschaft abgelehnt. Der historische Diskurs unter den Dissidenten blieb so ein heterogener Elitendiskurs, der in Bezug auf das Thema Flucht und Vertreibung vor 1989 keine hegemoniale Stellung einnehmen konnte. In der Dissidentenszene der DDR spielte die Frage der Vertreibung praktisch keine Rolle, trotz oder wegen enger Verbindungen zu oppositionellen Gruppen Polens und der Tschechoslowakei.

Die von den kommunistischen Regimes bis zuletzt genutzte Argumentation mit der deutschen Gefahr hatte sich bereits in den 1970er Jahren mangels realpolitischer Bezüge abgenutzt, was aber nicht hieß, dass die im Kern nationalistischen Narrative über die *Wiedergewonnenen Gebiete* oder den *odsun* ihre Bedeutung verloren hätten. Vielmehr war dies Teil des fortwirkenden Erbes des ›Nationalkommunismus‹ dieser Länder. Gegenerzählungen, wie das vor 1989 in Dissidentenkreisen geäußerte Bedauern und Verständnis für das deutsche Leiden und das Schicksal der Vertriebenen sind aber keineswegs als einseitige Übernahme der westdeutschen Position zu verstehen.

In die stark nationalistischen Narrative der VRP und der ČSR mussten schließlich die Deutschen der DDR eingefügt werden und umgekehrt musste der Bevölkerung der

<sup>319</sup> Fend: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der »Wende«, 2016, S. 65f.

<sup>320</sup> Vgl. Röger: Bilder der Vertreibung, 2014, S. 269.

<sup>321</sup> Vgl. Fend: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der »Wende«, 2016, S. 75-77.

<sup>322</sup> Ebd., S. 66.

DDR, von denen über 20 Prozent Vertriebene oder deren Nachfahren waren, der Heimatverlust erklärt werden. Als ein narrativer Kompromiss diente dafür die Vorstellung einer historischen Fehlentwicklung der deutschen Ostsiedlung, die oberflächlich war und von einer aggressiven deutschen Elite vorangetrieben wurde. Diese spiegelt sich im volkspolnischen Narrativ über die *kresy*, in denen vor allem polnische Magnaten die eigentliche ukrainische und weißrussische Bevölkerung unterdrückt hätten.<sup>323</sup> Weniger als solche Rechtfertigungsnarrative zu nutzen, bemühte man sich in der staatlich kontrollierten Öffentlichkeit, die Erinnerung an die deutschen Ostgebiete und die *kresy* in Polen möglichst zu vermeiden und vor allem jede Kritik an dieser Ordnung zu verhindern.<sup>324</sup>

Die Beziehung zwischen DDR, VRP und ČSR/ČSSR wurde ab 1949 von einer intensiv bemühten sozialistischen Freundschaftsrhetorik begleitet, die sich in verschiedenen zwischenstaatlichen Aktivitäten, aufwändig initiierten Grenztreffen und sogenannten ›Freundschaftswochen‹ äußerte.<sup>325</sup> Diese konnten jedoch anhaltende nationale Ressentiments nicht oder nur teilweise beseitigen, zumal eine (selbst-)kritische Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges auf Seiten der DDR ausblieb, die sich und ihre Bevölkerung als Teil der Sieger sah und jede Verantwortung in den Westen schob.<sup>326</sup> Dennoch war eine solche Erzählung von der Bevölkerung der VRP und der ČSR/ČSSR nur schwer zu akzeptieren. Das Verhältnis verbesserte sich jedoch mit der Zeit durch den zunehmenden Reiseverkehr und intensive Kulturkontakte.<sup>327</sup> In der politischen Führungsebene blieben nationale Vorurteile und Konflikte trotz zum Teil intensiver Kooperation und guter Verbindungen bestehen.<sup>328</sup>

Das Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen und der Tschechoslowakei war bis in die 1970er Jahre durch die Thematik von Flucht und Vertreibung weitgehend blockiert, während die Propagierung der (bundes-)deutschen Gefahr in der weiteren Nachkriegszeit nicht nur ein Instrument der Regimestabilisierung der Kommunisten war, sondern an reale Erfahrungen aus der Besetzungszeit und damit verbundene Ängste anknüpfen konnte.<sup>329</sup> Die Neue Ostpolitik ermöglichte hier einen Aufbruch, dem gleichwohl schon durch zivilgesellschaftliche und kirchliche Initiativen in den 1960er Jahren der Weg gegeben wurde. Der in der Bundesrepublik zunehmend isolierte Bund der Vertriebenen konnte schließlich in der Verständigungspolitik keine zentrale Rolle mehr einnehmen – auch nicht 1989 und trotz der Tatsache, dass viele Vertriebene mit ihren Reisen in die alte Heimat oft die ersten waren, die eine Verständigung vor Ort erreichten.

Aber auch bei den Verständigungswilligen blieben Missverständnisse nicht aus: Auf deutscher Seite übersahen die Vertriebenenverbände und ihr Umfeld die enge Verbindung von Regierung und polnischer und tschechischer Bevölkerung in der Frage der

<sup>323</sup> Matthei: Die Massenumsiedlungen und das Bild der Deutschen, 2006, S. 87.

<sup>324</sup> Vgl. Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 317.

<sup>325</sup> Zimmermann: Wechselnde Bündnisse, 2010, S. 94.

<sup>326</sup> Dabei handelt es sich, ggf. unter anderen ideologischen Vorzeichen, um ein durchaus gängiges Vorgehen im Europa jener Zeit: Cornelissen; Holec et al.: Politisch-historische Erinnerungen, 2005, S. 14.

<sup>327</sup> Vgl. Olschowsky: Versöhnungsinitiativen, 2009, S. 327f.

<sup>328</sup> Vgl. Zimmermann: Wechselnde Bündnisse, 2010, S. 95.

<sup>329</sup> Vgl. Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 610.

Grenzen und sie missverstanden zum Teil auch die Äußerungen der Oppositionellen. Deren in Bezug auf die Vertreibung vor allem moralisch geprägte Diskussionen bewerteten sie in ihrem gesellschaftlichen Einfluss über und zogen sie gelegentlich fälschlicherweise zur Rechtfertigung eigener Ansprüche heran. In Deutschlands linksliberalem Spektrum kam es zum Teil zu einer unkritischen Übernahme osteuropäischer Positionen, zudem idealisierte man die dortige Dissidentenszene nach den eigenen Maßstäben und blendete den nationalen und zum Teil konservativen Charakter dieser Bewegungen aus.<sup>330</sup> Bei der historischen Betrachtung der Verbindungslinien zwischen den untersuchten Ländern darf schließlich nicht außer Acht gelassen werden, dass die oppositionellen Diskurse, die staatliche Agitation, aber auch das Wirken der Vertriebenenverbände vor allem zunächst an die jeweiligen Gesellschaften adressiert waren. Das gilt nach Piotr Madajczyk beispielsweise auch für den Brief der polnischen Bischöfe 1965.<sup>331</sup>

Die Bewertung von und Erinnerung an Flucht und Vertreibung »became a highly contested matter, nationally and internationally, and it has remained that way, even in the era following the Cold War.«<sup>332</sup> In der pluralistischen Bundesrepublik hatte sich von allen hier betrachteten Ländern der stärkste Wandel der Erinnerungskultur vollzogen, wovon allerdings die organisierten Vertriebenen weitgehend ausgenommen waren. Ihre Erzählung traf 1989 auf ebenso lang staatlich kultivierte, ähnlich wenig offene und selbtkritische Opfererzählungen der polnischen und tschechischen Gesellschaft.<sup>333</sup> Hier ist ein starker Kontrast zur gelegentlich als Vorbild herangezogenen deutsch-französischen Aussöhnung zu sehen, die bald nach Kriegsende im Rahmen demokratischer Gesellschaften begann und von einer geringeren Schwere der deutschen Kriegsverbrechen in Frankreich profitierte.

Der politische Umbruch 1989 traf die hier behandelten Gesellschaften erinnerungspolitisch unvorbereitet. Die von den politischen Eliten aller Länder angestrebte rasche Verständigung durch den Abwurf des historischen Ballastes konnte nicht erreicht werden. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Tschechoslowakei, wo Václav Havel zur Verständigung und Versöhnung ausgestreckte Hand in Richtung der Sudetendeutschen auf Druck der Bevölkerung sowie aufgrund des Fehlens gleichwertiger landschaftlicher Reaktionen und mangelnder Kompromissbereitschaft zurückgezogen werden musste.

Christoph Cornelissen, Roman Holec und Jiří Pešek konstatieren als bleibendes Erbe der kommunistischen Staaten, dass nicht nur die besonders von der »deutschen Expansions- und Vernichtungspolitik« betroffenen Menschen und ihre Nachfahren das Narrativ über die Deutschen und das wechselseitige Verhältnis in Ostmitteleuropa langfristig und auf negative Weise prägten. Auch das politisch instrumentalisierte Geden-

<sup>330</sup> Vgl. Peters: Revolution der Erinnerung, 2016, S. 18.

<sup>331</sup> Madajczyk: Die deutsche Reaktion auf den Brief der Bischöfe in der polnischen Rezeption, 2009, S. 207f.

<sup>332</sup> Ahonen: On Forced Migrations, 2014, S. 599.

<sup>333</sup> Seibt: Wissenschaft als Brückenschlag, 2002, S. 257. Spurný: Czech and German Memories of Forced Migration, 2012, S. 364. Fend: Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Beginn der »Wende«, 2016, S. 88.

ken habe bedeutenden Einfluss auf das individuelle Gedächtnis der Menschen gehabt. Eine Bekräftigung dieser Erinnerung erfolgte durch das Verschweigen der »radikale[n] Vorgehensweise vieler Polen und Tschechen im Zuge der ›wilden‹ und ›geordneten‹ Vertreibungen [...].« Diese Auslassungen verstärkten das Erbe der nationalkommunistischen Erinnerungskultur: »Zugleich verhängten die Regierungen in den nach 1945 errichteten ›Volksdemokratien‹ ein Schweigegebot über die Vorgänge um Flucht und Vertreibung. Dieses verordnete Schweigen hat sich langfristig als eine schwere politische Hypothek erwiesen.«<sup>334</sup>

Die Grenzfrage, die die Beziehungen zwischen den Ländern sowie das Selbstverständnis der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik so lange geprägt hatte, wurde schließlich mit den Zwei-Plus-Vier-Verträgen abschließend geklärt. Offen blieb die Frage, wie in den nun freien Gesellschaften Polens und Tschechiens sowie einem sich vereinigenden Europa *Flucht und Vertreibung* bewertet werden sollten.

---

334 Cornelissen; Holec et al.: Politisch-historische Erinnerungen, 2005, S. 15.

